

Hauptabteilung Politik und Beratung

Berlin, den 08.04.2014



PARTEIENMONITOR AKTUELL

Positionen der Parteien zur Europawahl

**Nico Lange
Franziska Fislage
Theresa Saetzler**

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3550
michael.borchard@kas.de

Nico Lange
Stv. Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung und
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3594
nico.lange@kas.de

Inhalt

1. Grundsatz.....	4
Haltung zur Europäischen Integration.....	4
Haltung zu Institutionen.....	6
Haltung zum Euro.....	7
Vision für Europa.....	9
2. Verträge/Institutionen.....	11
Vertragsänderungen/Konvent.....	11
Institutionelle Reformen.....	12
Mitbestimmung/Partizipation.....	13
Rolle des Europäischen Parlaments.....	14
3. Staatsschuldenkrise.....	15
Austeritätspolitik.....	15
Haltung gegenüber südlichen Euro-Staaten.....	17
Bankenkontrolle.....	19
Finanz- und Wirtschaftsregierung.....	20
4. Umweltpolitik.....	22
Energiepolitik.....	22
Klimaschutz.....	24
Atomkraft.....	25
5. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Außenpolitik.....	26
Freizügigkeit.....	26
Jugendarbeitslosigkeit.....	27
Handelspolitik.....	28
Transatlantische Handels-und Investitionspartnerschaft (TTIP).....	30
Flüchtlingspolitik.....	31
Entwicklungspolitik.....	33
Außenpolitik.....	34
Asylpolitik.....	36
Verbraucherschutz, Bürgerrechte, Datenschutz.....	37
Netzpolitik / Digitale Kultur.....	39
Agrarpolitik, Gentechnik.....	41
Sozialpolitik, Mindestlohn, Bildung.....	43
Privatisierungen, Rekommunalisierungen.....	45
6. Erweiterungspolitik.....	46
Erweiterungspolitik.....	46

Türkeifrage.....	47
Östliche Partnerschaft.....	48
Verhältnis zu Russland.....	49
Quellen	50

1. Grundsatz

Haltung zur Europäischen Integration

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Wahrung des Subsidiaritätsprinzips: Der EU-Vertrag sieht die ausdrückliche Anerkennung kommunaler und regionaler Selbstverwaltung (Europa der Regionen) vor</p> <p>Wirksame Regulierungsbremse: Wenn nationale Parlamente eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips feststellen, sollten das Europäische Parlament oder die nationalen Regierungen über den Ministerrat ihr Recht wahrnehmen, das Gesetzgebungsverfahren zu beenden</p> <p>Zur Stärkung einer bürgernahen und demokratisch verfassten Politischen Union muss auch eine Rückführung von Zuständigkeiten auf die nationale Ebene möglich sein</p> <p>Partnerschaft mit Frankreich und Polen besondere Bedeutung</p> <p>Deutsch-französische Freundschaft ist einzigartig, D+F haben als starke Wirtschaftsnationen ein besonderes Interesse, aber auch besondere Möglichkeiten, die europäische Einigung weiter voranzubringen</p> <p>Verantwortung der europäischen Einigung auch in Zukunft durch gemeinsame Initiativen im Interesse Europas gerecht werden</p> <p>Partnerschaft mit Polen weiter vertiefen</p> <p>Ausbau der trilateralen Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen (Weimarer Dreieck), um der europäischen Einigung neue Impulse zu geben</p>	<p>Rückbesinnung auf das was Europa auszeichnet: Zusammenarbeit, Respekt, Toleranz, Solidarität auf der Grundlage starker europäischer Institutionen und demokratischer Verfahren für einen fairen europäischen Interessensausgleich</p> <p>Festhalten am Subsidiaritätsprinzip</p>	<p>Nicht alles muss von der EU entschieden werden</p> <p>Für Subsidiarität</p> <p>Je größer der Zusammenhalt in Europa, desto kraftvoller können Aufgaben angepackt werden</p> <p>Europa ist Teil unserer Identität geworden, so wie es für viele auch Deutschland, ihre Region, Stadt oder Gemeinde ist. Wir sind in Europa zu Hause</p> <p>Erneuerung der Europäischen Union zu einem anderen, besseren Europa</p>	<p>Jedes Land hat die freie Entscheidung darüber, ob beziehungsweise wann es ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU unterzeichnet und ratifiziert</p> <p>Wir wollen die Ungleichgewichte in der Eurozone durch solidarische Regeln vermeiden. Dazu gehört unter anderem eine effektive Koordinierung der Lohn- und Steuerpolitik, die Lohn- und Steuerdumping verhindert</p>	<p>Vorantreiben der europäischen Integration</p> <p>Einigung vertiefen und eine politische Union schaffen</p> <p>Mehr Subsidiarität</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Gegen einen europäischen Bundesstaat</p> <p>Verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten („Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“) als Folge einer EU der souveränen Nationalstaaten, was so bleiben muss</p> <p>Ablehnung von europäischer Sozialunion sowie Harmonisierungsbestrebungen im Gesundheitswesen</p> <p>Subsidiarität statt Zentralismus</p> <p>Subsidiarität muss wieder zur Geltung kommen</p> <p>Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip sind zu überprüfen und, wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen</p>	<p>Strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzip</p>	<p>Vertiefung der europäischen Integration, um Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auf dem gesamten Kontinent zu verstärken</p> <p>Aufgrund der globalen Vernetzung aller Lebensbereiche kann die Möglichkeit nationaler Politikgestaltung abnehmen</p>	<p>Unterstützung der Entwicklung der EU von einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einem Staatenverbund freier, sich vorrangig selbst regierender Völker</p> <p>Befürwortung des Subsidiaritätsprinzip</p>	<p>Wiederherstellung der nationalen Souveränität und damit verbundenen Währungshoheiten</p> <p>Die Vielfalt der europäischen Völker ist von der EU und der voranschreitenden Folgen der „europäischen Integration“ bedroht</p> <p>Rückverlagerung innenpolitischer Aufgaben in nationale Kompetenz, insbesondere dort, wo fundamentale Sicherheitsinteressen deutscher Bürger betroffen sind</p> <p>Ablehnung weiterer Verlagerung nat. Gesetzgebungskompetenzen nach Brüssel</p>

Haltung zu Institutionen

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Unabhängigkeit der EZB für stabile Währung unverzichtbar</p> <p>EZB hat dafür gesorgt, dass auch in der Krise ein hohes Maß an Preisstabilität und Kaufkraft herrschte</p> <p>Entscheidungsvorgänge der Europäischen Union straffen und nachvollziehbar machen</p> <p>Die Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten – wenn nötig – neu ordnen</p>	<p>Handlungsfähiges Europa mit starken demokratischen Institutionen</p> <p>Demokratisierung und Entbürokratisierung der EU</p> <p>Zusammenarbeit, Respekt, Transparenz, Solidarität auf der Grundlage starker europäischer Institutionen</p>	<p>EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfond müssen gegenüber dem Europäischen Parlament Rechenschaft ablegen</p> <p>Mehr Europa, mehr wirtschaftspolitische Koordinierung, mehr Verbindlichkeit für Reform kann es nur innerhalb gemeinschaftlicher europäischer Verfahren und Institutionen geben</p>	<p>EZB nicht nur für Preisstabilität zuständig, sondern muss gleichrangig auf die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet werden</p> <p>Kritik: Die einzig direkt gewählte Institution der Europäischen Union, das Europäische Parlament, hat bislang keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen</p> <p>Die Troika aus Internationalem Währungsfond, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission hat mit ihrer Politik der Kürzung von Sozialleistungen, Löhnen, Bildung, Gesundheit und Renten Millionen Menschen ins Elend gestürzt</p>	<p>Institutionen weiter demokratisieren und Rechte des Parlaments stärken</p> <p>Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode, der zufolge Vorschläge der Kommission vom EU-Rat und vom Parlament beraten und entschieden werden</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Widerstand gegen die schleichende Kompetenzerweiterung der EU-Institutionen</p> <p>Mit der „Eurorettung“ wächst die Machtfülle europäischer Institutionen: Der EZB, Kommission, ESM und Bankenunion</p> <p>EZB, EU-Kommission und der Internationale Währungsfond (IWF) sind nicht angemessen demokratisch legitimiert und erlassen gesetzesgleiche Regelungen</p> <p>Sie (EZB, Kommission, IWF) errichten mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder der Bankenunion Institutionen, die ohne jede parlamentarische Kontrolle sind</p>	<p>Mehr Transparenz, insbesondere für die Arbeit und Entscheidungsfindung des Europäischen Rats</p> <p>Reduzierung des Spitzenpersonals</p> <p>Europaparlament mehr Mitsprache in weiteren politischen Schlüsselbereichen</p>	<p>Direktdemokratische Elemente sollen die Institutionen ergänzen</p>	<p>Reform der Institutionen</p> <p>Demokratisch legitimierte Institutionen mit verständlichen Strukturen, abgegrenzten Zuständigkeiten und transparenten Verfahren – dazu Verfassungskonvent (s.u.)</p>	<p>n.a.</p>

Haltung zum Euro

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Der Euro ist mehr als eine Währung. Er ist ein großes Gemeinschaftsprojekt und für eine gute Zukunft Europas unverzichtbar</p> <p>Der Euro stärkt die Wirtschaft und macht Deutschland international wettbewerbsfähiger</p> <p>Der Euro schafft politische Stabilität, indem er Europa zur Geschlossenheit nach innen und zu gemeinsamen Positionen nach außen bringt</p> <p>Die Preise sind in Deutschland seit Einführung des Euro stabiler als zu Zeiten der Deutschen Mark. Auch der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar ist in den vergangenen 13 Jahren deutlich gestiegen</p> <p>Der Euro ist weltweit geschätzt. Er ist heute neben dem US-Dollar die wichtigste Währung weltweit und auch für die neueren EU-Mitgliedstaaten nach wie vor attraktiv</p> <p>Zwei Drittel aller deutschen Exporte in Länder außerhalb der EU werden in Euro bezahlt. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen bedeutet das eine enorme Erleichterung bei internationalen Geschäften</p>	<p>Stärkung der Euro-Währung</p>	<p>Der Euro ist der sichtbarste Ausdruck für gelebte europäische Integration</p> <p>Der Euro trägt zur Zusammengehörigkeit in Europa bei</p> <p>Die Wirtschaft in Deutschland hat enorm durch den Euro profitiert. Wenn Deutschland jemals aus dem Euro austreten würde, würde die D-Mark so dramatisch gegenüber allen anderen Währungen aufgewertet werden, dass unsere Produkte international nicht mehr wettbewerbsfähig wären. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland würde in die Höhe schnellen. Ein Zusammenbruch des Euro würde eine Wirtschafts- und Finanzkrise auslösen, die die Finanzkrise der letzten Jahre weit in den Schatten stellen würde</p> <p>Würde ein Krisenstaat aus dem Euro ausscheiden, würde schlagartig jegliches Kapital von dort abgezogen. Die Wirtschaft käme zum Stillstand. Für uns ist deshalb der Zusammenhalt der Eurozone ein zentrales Ziel</p>	<p>Kein Eintreten für ein Ende des Euro, auch wenn die Europäische Wahrungunion große Konstruktionsfehler enthält</p> <p>Ablehnung der vermeintlichen „Euro-Rettung“ und des Fiskalpakt</p> <p>Ablehnung des geplanten „Pakts für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“</p>	<p>Stabilität und Erhalt der gemeinsamen Währung</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro</p> <p>Für eine Währungsordnung, in der sich die Währungen den unterschiedlichen Ökonomien anpassen können</p> <p>Für eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes</p> <p>Jedes Land muss das Recht haben, die Eurozone zu verlassen</p> <p>Der blinde Glaube an den Euro und an seine angebliche Alternativlosigkeit machen es unmöglich, die Ursachen der Krise zu korrigieren</p> <p>Eine alternative Währungspolitik ist ein Gebot der Solidarität mit dem Süden Europas</p> <p>Beim Austritt können übergangsweise Parallelwährungen eingeführt werden</p>	<p>Euro muss wieder attraktiv und solide werden</p> <p>Forderung: Einführung von Parallelwährungen</p>	<p>n.a.</p>	<p>Für Erhalt des Euros, jedoch Möglichkeit der Rückkehr zur eigenen Währung, falls Euro unzumutbar und Rückkehr erwünscht</p>	<p>Volksabstimmung über den Euro und die Rückkehr zur Deutschen Mark</p> <p>Auflösung der Europäischen Währungsunion in ihrer jetzigen Form mit der Möglichkeit zur Rückkehr zu nationalen Währungen</p> <p>Rückübertragung der Währungssouveränität</p> <p>Rückholung sämtlicher Goldreserven der Deutschen Bundesbank zur Deckung der neuen D-Mark</p>

Vision für Europa

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Die anstehenden Herausforderungen einer sich immer stärker verzahrenden Welt werden wir nur in einem geeinten und starken Europa bestehen können</p> <p>Wenn wir unsere Werte, unsere Art zu leben, unseren Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften bewahren wollen, brauchen wir ein starkes Europa</p> <p>Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen Werten und zu seinen christlich-abendländischen Wurzeln bekennt. Seit 2009 ist die Charta der Grundrechte in der Europäischen Union rechtlich verbindlich für die Arbeit der EU-Institutionen. Dies ist ein wichtiger Schritt für das Europa der Werte</p> <p>In der Rechtspraxis muss die Charta der Grundrechte aber noch stärker mit Leben erfüllt werden</p> <p>Mit unserem Bekenntnis zu Toleranz trägt die Europäische Union zu einem friedlicheren Miteinander der Regionen und Religionen der Welt bei</p> <p>Ein starkes und selbstbewusstes Europa ist unsere Alternative zu den auf Unterdrückung, Fanatismus und Hass setzenden Regimen in anderen Teilen der Welt</p> <p>Die CDU steht besonders mit ihren Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel konsequent für dieses geeinte Europa, durch das die Deutschen in Einigkeit und Recht und Freiheit leben können</p>	<p>Ein europäisches Deutschland als Leitbild der Europapolitik</p> <p>Europa braucht neue Ideen, neue Impulse und eine neue Richtung. Die Fortschreibung des Status Quo bietet keine Zukunft mehr für die Idee eines Europas des Friedens, Wohlstands, der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts</p>	<p>Ein demokratisches, nachhaltiges und solidarisches Europa, in dem wir Umwelt- und Klimaschutz und die sozial-ökologische Modernisierung der Wirtschaft voranbringen</p> <p>Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und Europas Wirtschaft grün erneuern. Denn von ehrgeizigem Klimaschutz, hohen Umweltstandards und einer europaweiten Energiewende profitieren Mensch, Wirtschaft und Natur</p> <p>Wir wollen einen Wettbewerb um die energieeffizientesten Produkte und die umweltfreundlichsten Mobilitätskonzepte entfachen. So schaffen wir durch Investitionen und Innovation eine grüne industrielle Revolution und neue Jobs mit Zukunft</p> <p>Unsere Vision ist ein Europa ohne Kohle und Atom. Ein Europa, dessen Wohlstand sich aus umwelt- und klimafreundlichen Energiequellen speist</p>	<p>Neustart der Europäischen Union – demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich</p>	<p>Am Ende dieser Entwicklung sollte ein demokratisch legitimerter, föderaler, subsidiärer und dezentraler Bundesstaat stehen, über den die Bürgerinnen und Bürger in einer europaweiten Abstimmung entscheiden</p> <p>Europäische Einigung vertiefen und eine politische Union schaffen</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Für eine Europäische Union souveräner Staaten</p> <p>Der Mensch soll der Mittelpunkt einer EU der starken Nationen sein</p> <p>Europa muss ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt, der allen Völkern Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit bietet, sein</p> <p>Bekannt sich zur EU, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die Wertgrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält</p>	<p>Die EU muss endlich von den Bürgern und Regionen getragen werden</p> <p>Durch Demokratie und Toleranz soll ein gesellschaftlicher Konsens über Europa hergestellt und verlorengegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden</p>	<p>Europa als ein demokratischer europäischer Bundesstaat mit eigener Verfassung, die im direktdemokratischen Prozess entworfen wird</p>	<p>Ziel ist eine Europäische Union, die die kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Eigenarten der einzelnen Völker und Regionen respektiert und fördert</p>	<p>In Europa muss das Bekenntnis zum abendländischen Erbe, zum national- und sozialstaatlichen Ordnungsprinzip, zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und zum Prinzip der Volkszugehörigkeit Grundlage einer neuen sozialstaatlichen Ordnung sein. Nur so kann an die Stelle eines „EU-Europas“ der Technokraten ein lebenskräftiges Europa der Völker treten, das frei, zukunftsfähig, sozial gerecht und in seinen nationalen Identitäten geschützt ist.</p>

2. Verträge/Institutionen

Vertragsänderungen/Konvent

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Die EU-Verträge müssen auch die wachsende europäische Zusammenarbeit widerspiegeln</p> <p>Die notwendige Vertiefung der wirtschaftspolitischen Abstimmung in der Eurozone und der Aufbau einer Bankenunion sind Beispiele für eine engere Zusammenarbeit, die Anpassungen der Verträge erfordern werden</p>	n.a.	<p>Forderung nach einem demokratisch legitimierten Europäischen Konvent</p> <p>Dieser soll vom Europäischen Parlament geleitet werden, Zivilgesellschaft und Sozialpartner einbeziehen, öffentlich tagen und demokratisch entscheiden. Die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie, wie auch der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müssen ins Zentrum gerückt werden</p> <p>Über die Ergebnisse dieses Konvents sollen die BürgerInnen in einem europaweiten Referendum abstimmen können</p> <p>Forderung nach einem Jugendkonvent, bei dem junge Menschen Vorschläge über die Zukunft Europas erarbeiten, die in den Europäischen Konvent einfließen, sowie eine angemessene Teilnahme von jungen Menschen am Konvent selbst</p>	<p>Bürgerinnen und Bürger sollen in der gesamten EU mittels Volksentscheid am gleichen Tag über die Änderung der EU-Verträge entscheiden können</p>	<p>Fortschreibung der Verträge nach der Wahl durch Einberufung eines Konvents, der neben Parlamentariern und Regierungsvertretern auch aus Vertretern der Zivilgesellschaften besteht</p> <p>Vertiefungsschritte nur durch Änderung der Europäischen Verträge möglich, wofür die Konventsmethode der richtige Weg ist</p> <p>Diskussion um eine europäische Verfassung wiederbeleben und fortentwickeln, in der Bürgerrechte als Grundrecht garantiert werden</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
n.a.	EU-Gesetze künftig im Regelfall mit einem Verfallsdatum versehen	<p>Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung (Verfassungskonvent) für die EU</p> <p>Ziel des Konvents: Politisches System der EU und Beziehungen zu Mitgliedsstaaten und Regionen neu strukturieren</p> <p>Mitglieder des Verfassungskonvents sollen demokratisch gewählt werden</p> <p>Bürger stimmen über Verfassungsentwurf ab</p>	<p>Änderung der Verträge, dass Kriege der EU um Öl oder Rohstoffe und zur Sicherung von Handelswegen verboten werden</p> <p>Forderung eines demokratisch legitimierten Verfassungskonvents</p>	n.a.

Institutionelle Reformen				
CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Begrenzung der Zahl von Vizepräsidenten der Europäische Kommission, bei ihnen sollen die einzelnen Fachzuständigkeiten gebündelt und ihnen die übrigen EU-Kommissare fachlich unterstellt werden</p> <p>Die Kommission braucht ein effizientes Kollegium mit klaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten</p> <p>Langfristiges Ziel: Direktwahl des Kommissionspräsidenten</p> <p>EU-Gesetzgebung vereinfachen und eine unabhängige Gesetzesfolgeabschätzung einführen</p>	<p>Europäischem Parlament soll Initiativrecht in der Gesetzgebung und Budgetrecht zugestanden werden</p>	<p>Etablierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einer echten Gemeinschaftsinstitution innerhalb der EU-Verträge</p> <p>Verkleinerung der Kommission</p> <p>Dass jeder Mitgliedstaat einen Kommissar benennt, widerspricht dem Charakter der Kommission als Gemeinschaftsinstitution</p>	<p>Die öffentlichen Haushalte sollen von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden, indem die Staaten sich bei der EZB in einem festgelegten Rahmen günstig finanzieren können und nicht mehr auf die Finanzmärkte angewiesen sind</p> <p>Die EZB muss durch Europäisches Parlament demokratisch kontrolliert werden</p>	<p>Effizienzstärkung der EU-Kommission. Deswegen Verkleinerung der Europäischen Kommission um mindestens ein Drittel, wie im Vertrag von Lissabon angelegt</p> <p>Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zur Subsidiaritätskammer</p> <p>Überprüfung aller europäischen Agenturen</p> <p>Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses</p> <p>Reform der Zusammensetzung des Parlaments zu einem echten Vollparlament</p> <p>Einführung eines Normenkontrollrats</p> <p>Einheitliches Wahlrecht, damit die Stimme jedes Bürgers zählt</p> <p>Europäische Parteien sollen zur Wahl des Parlaments zusätzlich mit staatenübergreifende Listen und Spitzenkandidaten antreten</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und Bedeutung ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden</p> <p>Subsidiaritäts-Gerichtshof einrichten als Gegengewicht zum EuGH</p> <p>Stärkung des Europäischen Rechnungshofes</p> <p>Stärkung der demokratischen Legitimation der Institutionen</p> <p>Untersuchungsausschuss soll eingesetzt werden, um Wahrheiten über ESM, ESFM, EFSF, OMT und Eurobonds zu erhalten</p>	<p>Kommission verkleinern auf maximal 10 Ressorts</p> <p>Stärkung des Ausschusses der Regionen zur dritten gleichberechtigten Kammer neben EU-Parlament und Ministerrat</p> <p>EU-Parlament und Ausschuss der Regionen sollen künftig EU-Kommissare wählen</p> <p>Reduzierung des Spitzenpersonals</p> <p>Mehr Mitsprache des Europaparlaments</p>	<p>Das direkt gewählte Parlament soll mit einer zweiten Kammer ausgestattet werden, in der die föderalen Elemente ihre Interessen vertreten können</p> <p>Das Parlament soll eine Regierung wählen</p> <p>Gewaltenteilung zugunsten der Legislative entwickeln</p> <p>Initiativ- und Beschlussrecht des EU-Parlaments als parlamentarischer Gesetzgeber der EU ausweiten</p>	<p>Einheitliches Wahlrecht ohne Sperrklauseln und gleichem Stimmengewicht</p> <p>Errichtung einer zweiten Kammer (ähnlich dem Bundesrat)</p> <p>Europäische Kommission ist der parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen</p>	<p>Bestehende EU zum Bund souveräner, eigenverantwortlicher Staaten umwandeln</p> <p>Falls die EU nicht zu einem kooperativen Staatenbund reformierbar ist, muss Deutschland austreten</p>

Mitbestimmung/Partizipation				
CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
Bürger sollen aktiv an der Gestaltung europäischer Politik beteiligt werden Instrument der politischen Teilhabe ist die Bürgerinitiative	Bestehende europäische Bürgerinitiativen nutzen, damit Bürgerinnen und Bürger noch stärker auf die europäische Gesetzgebung einwirken können Mehr Beteiligung an europapolitischen Diskussionen und Entscheidungen	Mehr Mitbestimmung für die Bürgerinnen und Bürger und mehr Macht für die Parlamente – vor Ort, in den Ländern, im Bund und auf europäischer Ebene Mehr Demokratie bezieht die Bürgerinnen und Bürger stärker direkt ein, wie etwa durch die Europäische Bürgerinitiative	Bürgerinnen und Bürger in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide konkrete EU-Politik mitzugestalten	Hoheitsübertragungen nur gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, deshalb Voraussetzungen für Volksabstimmungen auf Bundesebene schaffen, insbesondere bei Vertragsänderungen, die den Verfassungsinhalt ändern oder ergänzen
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
Für mehr direkte Demokratie und stärkere Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen Für ein Bürger-Veto Volksabstimmungen in Deutschland als Voraussetzung um neue Mitgliedsstaaten in die EU aufzunehmen	Volksentscheide zu zentralen europapolitischen Fragen	Bürger sollen mittels einer modifizierten und erweiterten europäischen Bürgerinitiative eigene Legislativvorschläge unterbreiten können Bürgerabstimmungen	EU-weiter Volksentscheid, bei dem die Nation über die EU-Verfassung abstimmt	n.a.

Rolle des Europäischen Parlaments

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Stärkung des Europäischen Parlaments, indem es ein eigenes Initiativrecht erhält</p> <p>Nicht nur die Kommission, sondern auch die von den Bürgern Europas gewählten Abgeordneten sollen eigene Gesetzesvorschläge einbringen können</p>	<p>Dem Europäischen Parlament soll ein Initiativrecht in der Gesetzgebung und das volle Budgetrecht zugestanden werden</p> <p>Zusammenarbeit zwischen gestärktem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten als Gegengewicht zur Regierungszusammenarbeit</p> <p>Bürgerinnen und Bürger und Parlament haben das letzte Wort</p> <p>Europäisches Parlament soll an allen Entscheidungen umfassend beteiligt werden</p>	<p>Aufwertung des Parlaments durch eigenes Initiativrecht für Gesetze</p> <p>Volle Beteiligung an der Gesetzgebung in allen Politikbereichen</p> <p>Recht, selbst über Sitzungsort und -kalender zu entscheiden</p> <p>Minderheit kann einen Untersuchungsausschuss einsetzen</p> <p>Parlament auf Augenhöhe mit Rat und Kommission</p> <p>Möglichkeit zur namentlichen Abstimmungen in den Ausschüssen</p> <p>Möglichkeit zur individuellen Wahl und Abwahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament</p>	<p>Initiativrecht für Gesetzgebungsvorhaben</p> <p>Gleichberechtigung mit dem Europäischen Rat</p> <p>Generell erweiterte Rechte</p> <p>Wahl der Europäischen Kommission und deren Präsidenten</p>	<p>Europäisches Parlament soll zu einem Vollparlament mit Initiativrecht werden</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
n.a.	<p>Parlament als eine direkt vom Volk gewählte verfassungsgebende Versammlung</p> <p>Mitsprache in weiteren politischen Schlüsselbereichen</p> <p>Mehr Einfluss bei internationalen Verhandlungsrunden</p>	<p>Europäisches Parlament soll Initiativrecht erhalten</p> <p>Parlament als Vertretung der Bürger</p> <p>Stärkere Beteiligung des Parlaments bei Handelsabkommen durch direktes demokratisches Mandat</p> <p>EU-Parlament soll alleinige Hoheit über das Budget erhalten und nicht wie bisher nur Mitbestimmungsrecht</p>	<p>Parlament muss mit den grundlegenden Rechten eines demokratischen Parlaments ausgestattet werden: Formulierung von Gesetze, Bestimmung über Einnahmen und Ausgaben, Recht, Kommissare vorzuschlagen, die Kommission einzusetzen und zu entlassen</p>	n.a.

3. Staatschuldenkrise

Austeritätspolitik

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Europäischer Rettungsschirm ESM funktioniert</p> <p>Solange jeder Staat im Rahmen seiner Haushaltspolitik eigenverantwortlich über Einnahmen und Ausgaben entscheidet, ist eine Haftungsgemeinschaft für Staatsschulden unverantwortlich</p> <p>Ablehnung einer systematischen Vergemeinschaftung der Schulden</p> <p>Ablehnung von Eurobonds, Schuldentilgungsfonds oder steuerfinanzierten Bankenabwicklungsfonds</p> <p>Eine gemeinsame Haftung aller Euroländer für die Staatsschulden ohne Entscheidungszuständigkeit würde jeden Anreiz zu Reformen nehmen</p> <p>Hohe Staatsschulden der Euroländer müssen weiter zurückgeführt werden</p> <p>Konsequente Durchsetzung der neuen Regeln, die mit dem gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Europäischen Fiskalvertrag geschaffen wurden</p> <p>Wer gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstößt, muss mit Sanktionen rechnen</p> <p>Die Möglichkeiten der Europäischen Kommission zur Kontrolle der nationalen Haushalte weiter stärken</p> <p>Die Kommission muss Haushalte, die nicht den EU-Schuldenkriterien entsprechen, zurückweisen können</p>	<p>Sparpolitik allein kein Zukunftskonzept</p> <p>Konsequente Konsolidierungspolitik für solide Finanzen und Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Ergänzung durch Wachstumspolitik, die auf Investitionen in wirtschaftliche Innovation, Beschäftigung, Bildung und Ausbildung setzt</p>	<p>Gegen eine Politik des einseitigen Sparens, die Sozialabbau und Armut befördert und die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas in skandalöse Höhen getrieben hat</p> <p>Es war nötig, Instrumente wie den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zur Stabilisierung der Währung zu schaffen</p>	<p>Ende der Kürzungspolitik (Austerität)</p> <p>Um die Finanzspekulation gegen die gemeinsame Währung zu verhindern, fordern wir die Einführung gemeinsamer Staatsanleihen aller Euro-Staaten</p>	<p>Am Verschuldungsverbot muss festgehalten werden</p> <p>Finanzsektor darf nicht vom Steuerzahler gerettet werden</p> <p>Sanierung der öffentlichen Finanzen und Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Als Hilfe zur Selbsthilfe ist Solidarität geboten</p> <p>Kommission soll Finanzen überwachen</p> <p>ESM zurückfahren</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Rückkehr zu einer Stabilitätsunion, in der jedes Land für seine Finanzpolitik selbst verantwortlich ist, d.h. Haushaltsdisziplin, keine Haftung für die Schulden anderer Staaten gegen Eurobonds und gegen Finanzierung von Haushaltsdefiziten durch die EZB</p> <p>ESM wird abgelehnt</p>	<p>Solide Staatsfinanzen</p> <p>Jedes Land haftet für eigene Schulden</p> <p>Ablehnung einer Lockerung des Verschuldungsverbots der EU</p> <p>ESM auflösen</p>	<p>Vergrößerung von Rettungsschirmen soll durch die demokratisch gewählten Volksvertreter im Parlament beschlossen und kontrolliert werden</p> <p>Geld- und Fiskalpolitik in der Eurozone koordinieren</p> <p>Aufbau- und Investitionsprogramm (Marshallplan 2.0), das nicht nur kurzfristige Konjunkturerwicklungen fördert, sondern auch langfristige Perspektiven eröffnet</p>	<p>Für überschuldete Staaten gilt: „Hilfe zur Selbsthilfe“</p> <p>Ausstieg aus dem ESM</p>	<p>Schnellstmögliche Rückabwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und seiner Institutionen</p> <p>Unverzüglicher Ausstieg Deutschlands aus dem Target2- System, das sich im Rahmen der Eurokrise zu einer dauerhaften Finanzierungsquelle anderer europäischer Notenbanken durch Mittel der Deutschen Bundesbank entwickelt hat</p>

Haltung gegenüber südlichen Euro-Staaten

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Bekanntnis zur Solidarität mit europäischen Partnern</p> <p>Unterstützung der Euroländer, die aus eigener Kraft nicht aus der Krise kommen</p> <p>Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“: Jedes Land ist zunächst selbst gefragt, bevor es Unterstützung aus dem Rettungsschirm erhalten kann. Voraussetzung ist, dass das Land langfristig seine Schulden allein tragen kann</p> <p>Solidarische Hilfe kann nur dann nützen, wenn die Krisenländer konsequent an der Beseitigung der Ursachen arbeiten</p> <p>Hilfen nur im Gegenzug zu strikten Auflagen gewähren. Dazu gehört die Pflicht, Schuldenberge abzubauen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen und Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Technologie zu steigern</p> <p>Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds unterstützt und überwacht die Länder bei ihren Reformanstrengungen</p> <p>Krise ist für die betroffenen Länder eine Chance, überfällige wirtschafts- und sozialpolitische Reformen anzugehen</p> <p>Die finanz- und wirtschaftspolitischen Auflagen sind notwendig, um die Krisenländer auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen. Dadurch betroffenen Ländern helfen, dauerhaft echtes Wachstum und damit auch Wohlstand für ihre Bürger zu erreichen. Die Erfolgsbeispiele Irland und Spanien zeigen, dass der eingeschlagene Weg der richtige Weg aus der Krise ist</p>	<p>s. Austeritätspolitik und Jugendarbeitslosigkeit</p>	<p>Krisenpolitik die eine Spaltung der EU in Nord und Süd, Ost und West oder Eurozone und Peripherie verhindert</p> <p>Bildung eines Europäischen Schuldentilgungspakts, der den Krisenländern hilft, ihre Schulden abzubauen</p> <p>Green New Deal für Investitionen in die Energiewende, in Klimaschutz und neue Infrastrukturen, um Jobs und Zukunftsperspektiven in Krisenländern mit günstigen Bedingungen für Solar- und Windenergie zu schaffen und so Industrie und Dienstleistungsstruktur in den betroffenen Regionen zu unterstützen; Finanzierung durch Einnahmen aus Finanztransaktionssteuer</p>	<p>Senkung des Schuldenstands bei überschuldeten Staaten sozial verträglich durch eine kombinierte Anwendung von Schuldenschnitt und Millionärsabgabe auf Vermögen gestalten</p> <p>Vermeidung von Ungleichgewichten in der Eurozone durch solidarische Regeln. Dazu gehört unter anderem eine effektive Koordinierung der Lohn- und Steuerpolitik, die Lohn- und Sterberdumping verhindert</p> <p>Länder, die Mittel erhalten, müssen hohe Vermögen und Spitzeneinkommen besteuern bzw. mit Abgaben belegen, um die Reichen an der Finanzierung der Krise angemessen zu beteiligen</p> <p>Kredite mit einer Sozialstaatsgarantie verbinden: Lohn- und Rentenkürzungen sowie der Abbau von Sozialleistungen ausschließen</p>	<p>Austritt aus der Euro-Zone soll möglich sein</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
Deutschland soll sich nicht ständig in die inneren Angelegenheiten der Länder im Süden Europas einmischen s. Austeritätspolitik	n.a.	n.a.	n.a.	Ausstieg aus Griechenlandhilfe und permanentes Veto bei künftigen Hilfeanträgen

Bankenkontrolle				
CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Bei der Europäischen Zentralbank werden wir für die großen, systemrelevanten Banken eine zentrale europäische Aufsicht errichten</p> <p>Errichtung einer Bankenunion mit einheitlichen Regeln für große Banken, bis hin zu deren Abwicklung im Krisenfall. Für die Überwachung und Durchsetzung der Regeln soll eine gemeinsame europäische Institutionen geschaffen werden</p> <p>Für übrige Geldinstitute, die regionale Sparkassen und Genossenschaftsbanken bleibt es bei bisheriger bewährten Bankenaufsicht</p> <p>Berücksichtigung nationaler Besonderheiten, wie etwa bewährtes Drei-Säulen-System aus Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen</p> <p>Festhalten am bewährten Universalbankensystem und verhindern, dass sich Finanzmarktakteure durch Verlagerung in den Schattenbankensektor ihrer Verantwortung entziehen</p>	<p>Einschränkung riskanter Geschäfte und strikere Trennung von Investment- und Geschäftsbanking</p> <p>Schattenbanksektor, insbesondere hochspekulative Hedgefonds, regulieren, sodass gleiche Maßstäbe wie im klassischen Bankensektor gelten</p> <p>Alle Finanzprodukte von einem öffentlichen Finanz-TÜV prüfen</p> <p>Bankenunion, die sich aus der gemeinsamen Aufsicht, einem Mechanismus zur Bankenabwicklung und einem System der Einlagensicherung zusammensetzt, als wichtige Voraussetzung dafür, dass Bankenpleiten auf Kosten der Steuerzahler vermieden werden</p>	<p>Europäische Bankenunion mit einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht, einem europäischen Abwicklungsmechanismus für Pleitebanken und einem bankenfinanzierten Abwicklungsfonds</p>	<p>Für grundlegende Regulierung des europäischen Banken- und Finanzsektors</p> <p>Eigentümer und Gläubiger müssen für ihr privates Geschäftsrisiko auch haften</p> <p>Jede Bank in Europa muss auch abgewickelt werden können</p> <p>Einführung eines Finanz-TÜVs, der die Geschäftspraktiken der Finanzbranche und sämtliche angebotene Finanzprodukte prüfen und vor der Einführung genehmigen muss</p> <p>Die geltenden Eigenkapitalquoten für Banken (Basel III) müssen deutlich erhöht werden</p> <p>Schattenbanken müssen aufgelöst werden bzw. muss die Verbindung zu Schattenbanken im Ausland gekappt werden</p> <p>Ablehnung der geplanten europäischen „Bankenunion“</p>	<p>Neben einer gemeinsamen Bankenaufsicht, die die Risikostrukturen überwacht, soll ein Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus für existenzgefährdete Banken(was?) hinzukommen</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Für eine Bankenaufsicht und –regulierung</p> <p>Bankenunion wird abgelehnt, stattdessen Re-Nationalisierung und Stabilisierungsbemühungen des Bankensektor</p> <p>Bankenaufsicht sollte im Verantwortungsbereich der einzelnen Länder liegen</p> <p>Missbrauch von Zahlungsverkehrskonten beenden</p> <p>Systemrelevante Banken müssen im Fall einer drohenden Insolvenz zunächst durch Verzehr des Eigenkapitals und dann durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital rekapitalisiert werden</p>	<p>Reform der Disziplinierungsmaßnahmen für Defizit-Sünder</p> <p>Entwicklung zur Bankenunion wird abgelehnt</p>	<p>Geldschöpfung durch Kredite zum Zwecke von Finanzspekulationen oder Finanzinvestitionen, sowie Geldschöpfung zum Kauf von Finanzvermögen sollen eingeschränkt werden</p> <p>Bankenregulierung, die Schiefelage durch scharfe Eigenkapitalvorschriften vermeidet</p>	<p>Bankenunion wird abgelehnt, da die Banken stabiler Länder für zusammenbrechende Banken haften müssen</p> <p>Bankenwesen reformieren</p>	<p>Keine Bankenunion, sondern konkrete Maßnahmen zur Entflechtung der europäischen Bankenlandschaft inklusive eines konsequenten Trennbankensystems als Schutz vor einem Domino-Effekt bei künftigen Bankrotten</p> <p>Höhere Eigenkapitalquote bei Banken und Unternehmen</p>

Finanz- und Wirtschaftsregierung

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Politik der sozialen Marktwirtschaft</p> <p>Stärkere Abstimmung in der Wirtschaftspolitik der Euroländer nötig, um eine dauerhaft krisenfeste Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen</p> <p>Soweit es um nationale Zuständigkeiten geht, soll dies mit verbindlichen vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission erreicht werden</p> <p>Für eine bessere Zusammenarbeit in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik müssen die EU-Verträge langfristig angepasst werden</p> <p>Für eine bessere Zusammenarbeit müssen auch die parlamentarischen Beratungsmöglichkeiten innerhalb des Europäischen Parlamentes gestärkt werden. Nur so können Verfahren und Institutionen auch demokratisch verankert werden. Bei allen Maßnahmen für eine engere Zusammenarbeit der Euroländer soll die Einheit der EU erhalten bleiben</p> <p>Einführung einer Finanztransaktionssteuer</p>	<p>Soziale Marktwirtschaft als Leitbild für die EU</p> <p>Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten zurückgewinnen</p> <p>Umsetzung der Finanztransaktionssteuer</p> <p>Reformen für Wettbewerbsfähigkeit</p>	<p>Ausbau der gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik, weil eine gemeinsame Währung mehr Zusammenarbeit erfordert, um krisenfest zu sein. Eine gemeinsame Währung auf der einen Seite ist nicht mit wirtschafts- und haushaltspolitischer Kleinstaaterei auf der anderen Seite zu vereinbaren</p> <p>Stabile Fiskalunion mit gemeinsamen Anleihen</p> <p>Erhöhung des Eigenmittelanteils des EU-Haushaltes mit der Finanztransaktionssteuer und einer reformierten Mehrwertsteuer, einer Abgabe auf Kerosin oder Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel, womit auch Lenkungseffekte erzielt werden würden</p> <p>EU-weite Finanztransaktionssteuer, die alle Arten von Finanztransaktionen umfasst. Ihre Einnahmen sollten neben der Krisenbewältigung auch für die Finanzierung von globalen öffentlichen Gütern, vor allem Armutsbekämpfung und den Kampf gegen den Klimawandel, verwendet werden</p> <p>Dazu gehört auch, dass Aktionäre, Gläubiger und Einlagen über 100.000 Euro (in dieser Reihenfolge) als erstes herangezogen werden. Koordinierte Einlagensicherungssysteme, die Einlagen von Sparern bis 100.000 Euro absichern</p> <p>Bessere Abstimmung der nationalen Haushaltsprozesse</p> <p>Gemeinsame europäische Steuerpolitik auf der Basis von Mehrheitsentscheidungen in den europäischen Institutionen</p>	<p>Einmalige Abgabe von Vermögen ab einer Million Euro. Damit sollen die durch Bankenrettung und Finanzkrise entstandenen Staatsschulden zurückgeführt und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessert werden</p> <p>Einführung einer Finanztransaktionssteuer von 0,1%</p> <p>Besonders dauerhafte Exportüberschüsse innerhalb der EU müssen sanktioniert werden, um den Strukturwandel in den Krisenstaaten zu finanzieren und dort eine expansive Wirtschaftspolitik zu unterstützen (Ausgleichsunion)</p> <p>Die öffentliche Kreditaufnahme muss von den Finanzmärkten befreit werden. Die EZB soll die Staaten in der Euro-Zone in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren; erster Schritt: Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen</p> <p>Es sollen stärkere Eigeneinnahmen der EU generiert werden</p>	<p>Politik der sozialen Marktwirtschaft</p> <p>Liberale Finanz- und Wirtschaftspolitik</p> <p>Wettbewerbsfähigkeit und Vollbeschäftigung</p> <p>Keine Transaktionssteuer und Zerschlagung von Banken</p> <p>Erhebung eigener Steuern werden abgelehnt</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Leitlinie ist die soziale Marktwirtschaft</p> <p>Besteht auf der Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten für ihre jeweilige Wirtschafts- und Fiskalpolitik</p> <p>Bisher geschützte Wirtschaftsbereiche können dem Wettbewerb geöffnet werden</p> <p>Gegen eine europäische Wirtschaftsregierung</p> <p>Die Anti-Korruptions-Charta der UN muss durch alle EU-Mitgliedsländer unterzeichnet und umgesetzt werden</p>	<p>Soziale Marktwirtschaft im europäischen Binnenmarkt durchsetzen</p> <p>Gegen Einführung einer EU-Steuer</p>	<p>Koordinierte Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene</p> <p>Für eine Regulierung der Finanzmärkte</p>	<p>Ökologisch-soziale Marktwirtschaft als entscheidendes Kriterium für Reformen und innere Entwicklung sowie für weitere EU-Beitritte</p> <p>Wirtschaftsordnung, die ökologisches, soziales und gemeinwohlorientiertes Handeln fördert</p> <p>Wirtschaftsform ohne Zwang zu ständigem Wachstum – Idee der Postwachstumsökonomie</p> <p>Harmonisierung der Steuerpolitik</p>	<p>Für eine nationale Volkswirtschaft</p> <p>Förderung regionaler Wirtschaftsabläufe</p> <p>Ablehnung einer europäischen Wirtschaftsregierung</p> <p>Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Durchdringung und Erschließung neuer Märkte zur Selbstbehauptung unseres Erdteils gewährleisten – Erschließung im Maghreb und übrigen Afrika sowie eurasischem Glacis</p>

4. Umweltpolitik

Energiepolitik

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Ziel ist ein europäischer Energie-Binnenmarkt</p> <p>Bis zu seiner Verwirklichung Gewährleistung nationaler Spielräume für eine nationale Energie- und Klimapolitik</p> <p>Zusammenwachsen der europäischen Stromversorgung und gemeinsamer Energieverbund</p> <p>Weiterhin Entlastung der energieintensiven Unternehmen</p> <p>Förderung der erneuerbaren Energien soll in den Europäischen Binnenmarkt integriert werden</p> <p>Energiewende gemeinsam mit der Wirtschaft und ihren Beschäftigten auf den Weg bringen</p>	<p>EEG fortsetzen und weiterentwickeln</p>	<p>Verlässliche und kosteneffiziente Förderung von erneuerbaren Energien</p> <p>Ende der Subventionen für Atom und Kohle</p> <p>Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die natürlichen Schwankungen der erneuerbaren Energien auszugleichen</p> <p>Vernetzung von Erzeugungspotentialen in Europa</p> <p>Ablehnung von neuen Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) und die Förderung von unkonventionellem Erdgas durch Fracking</p> <p>Ausbauziel für erneuerbare Energien von 45% bis 2030 und eine Energieeinsparung um mindestens 30% vergleichen mit 2010. Das bereits beschlossene Ziel von 20 % Effizienzsteigerung bis 2020 muss endlich verbindlich gemacht und umgesetzt werden</p> <p>Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (E-RENE)</p> <p>„Energiewende von unten“, um kommunales Handeln und Engagement zu fördern, muss die EU die regionalen und lokalen Potentiale durch kluge und unbürokratische Förderpolitik unterstützen</p> <p>Technologien zur Kraft-Wärme-Kopplung einschließlich der Fernwärmeinfrastruktur durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung fördern</p>	<p>Erneuerbare Energien sollen im Rahmen europäischer Zielsetzungen weiterhin nach nationalen Vorgaben, wie etwa dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, gefördert, die Nutzung fossiler Energiequellen entsprechend zurückgefahren werden</p> <p>Der Anteil an erneuerbaren Energien am EU-Energieverbrauch soll im Jahr 2020 25 Prozent betragen</p> <p>Gegen unterirdische und unterseeische Speicherung von als Abgas anfallendem Kohlendioxid (CCS)</p> <p>Ablehnung von Fracking</p> <p>Die Produktion von erneuerbaren Energien, insbesondere Agroenergien, muss Nachhaltigkeitskriterien genügen</p> <p>Ablehnung der Importe von Agrokraft- und -treibstoffen aus dem globalen Süden</p> <p>Förderung einer verbrauchernahen, dezentralen Energieerzeugung und Beschneidung der Macht der großen Stromversorger</p> <p>Privilegien für Industriebetriebe bei der Finanzierung der Energiewende müssen deutlich reduziert werden</p> <p>Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf ein Viertel bis 2020, 45% bis 2030 und 100% bis Mitte des Jahrhunderts</p> <p>Reduzierung des Primärenergieverbrauches gegenüber dem Jahr 2000 um ein Fünftel bis 2020, um 40% bis 2030 und 60% bis Mitte des Jahrhunderts</p>	<p>Zügige und grundlegende Reform des EEG auf europäischer Ebene</p> <p>Auflösung regionaler und staatlicher Monopole und Kartelle der nationalen Energieversorgung</p> <p>Förderung soll in ein europaweites Mengensystem überführt werden</p> <p>Bessere Vernetzung zwischen vorhandenen Ressourcen in Europa</p> <p>Innovation und neue Technologien</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Energiepolitik primär Angelegenheit der Mitgliedsstaaten</p> <p>In einigen Bereichen (z.B. Leitungsnetze, Energiespeicher) ist eine europäische Zusammenarbeit aber sinnvoll und notwendig</p> <p>Forderung einer europaweiten Harmonisierung der Sicherheitsvorschriften und Emissionsgrenzwerte orientiert am Stand der Technik</p> <p>Dauerhafte Subventionierung jeglicher Art der Energieerzeugung wird abgelehnt</p> <p>EEG komplett abschaffen, da es die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt</p> <p>Umweltdumping verhindern</p>	<p>Bekanntnis zur Energiewende, die auf europäische Ebene übertragen werden muss</p> <p>Harmonisierung der Energiepolitik</p> <p>Energieeinsparung stärker honorieren, deswegen System des Emissionshandels überarbeiten</p>	<p>Leitlinien: Schonung von Ressourcen, Nachhaltigkeit, Förderung erneuerbarer Energien, Dezentralisierung, Verbrauchernutzen, Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Abbau von Subventionen und Beihilfen für die Förderung fossiler und atomarer Energien</p> <p>Europaweiter Ausbau erneuerbarer Energien</p> <p>Kein Fracking</p> <p>Europäischer Energiebinnenmarkt</p> <p>Besteuerung von Brennstoffen entsprechend ihrer gesellschaftlichen Kosten</p> <p>Energiesteuerrichtlinie überarbeiten</p>	<p>Umfassende Energiewende zu einer europäischen Energieversorgung zu 100% aus erneuerbaren Quellen</p> <p>Kein Fracking</p>	<p>Ausbau der außenwirtschaftlichen Kooperation, vor allem im Energiebereich</p>

Klimaschutz				
CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Einsatz für ein verbindliches weltweites Klimaschutzabkommen, das auch Schwellenländer in die Pflicht nimmt</p> <p>Bekennnis zum Ziel, Treibhausgase bis 2030 um 40% im Vergleich zu 1990 zu verringern</p> <p>Reform des Emissionshandels durch Verringerung der Anzahl der Verschmutzungsrechte gemäß den EU-Klimazielen</p> <p>Verbesserung der Ressourceneffizienz, aber maßvolle Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie</p>	<p>Reaktivierung des Emissionshandels</p> <p>Reduktion der Treibhausgasemissionen von 40 Prozent bis 2030</p>	<p>Reduktion der klimaschädlichen Emissionen der EU bis 2050 um 90% gegenüber dem Jahr 1990, um 30% bis 2020 und um die Hälfte bis 2030</p> <p>Reform des Emissionshandels mit einem Mindestpreis für Emissionszertifikate. Überschüssige Zertifikate müssen dauerhaft vom Markt genommen werden</p> <p>Zurückdrängen der Möglichkeit, europäische Klimaschutzvorgaben durch ökologisch fragwürdige Projekte in China oder Indien zu erfüllen</p> <p>Einbeziehung des Flugverkehrs und Schiffverkehrs in den EU-Emissionshandel</p> <p>Verbindliches Effizienzziel für die EU, das den Energieverbrauch insgesamt senkt</p> <p>Verbrauchsgrenzwerte für Autos und Elektrogeräte. Grenzwert für Flottendurchschnitt bis 2025 von 60g CO₂</p> <p>Verständliche Kennzeichnung von Energieverbrauch und Folgekosten von Produkten</p> <p>Konsequente Umsetzung der Gebäudeeffizienz-Richtlinie</p>	<p>Minderung des Ausstoßes an klimaschädlichen Gase in der EU gegenüber 1990 um 40% bis 2020, um 60% bis 2030 und um 95% bis Mitte des Jahrhunderts</p> <p>Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU versagt. An seine Stelle müssen ordnungsrechtliche Eingriffe in die Energiewirtschaft treten, wie etwa nationale Kohleausstiegsgesetze, die einen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgeben</p> <p>In der bereits laufenden Emissionshandelsperiode (2013 bis 2020) sollen zudem zwei Milliarden Tonnen Emissionsrechte endgültig stillgelegt und die hohen Mitnahmeprofite durch die freie Zuteilung von Emissionszertifikaten für energieintensive Industrien beendet werden</p> <p>Die Anrechnung von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt ist auszuschließen</p> <p>Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Personen- und Nutzfahrzeuge sowie ein Importverbot für Agrosprit</p> <p>Einsatz für europaweite Abgabe auf fossile Kraftstoffe im Flug- und Schiffsverkehr</p>	<p>Nachhaltiger Klimaschutz</p> <p>Innovation und neue Technologien und verantwortungsbewusste Bürger, keine Verbote</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Graduelle Reduktion von CO₂-Emissionen kann im Rahmen internationaler Abkommen vereinbart werden</p> <p>Ablehnung von nationalen und europäischen Alleingängen</p>	<p>Abschluss des ‚Post-Kyoto-Prozesses‘ in Form eines zukunftsweisenden wirksamen globalen Klimaschutz-Abkommens</p>	<p>Klimaziele der EU sind Minimalziele</p> <p>Bis 2030 mindestens 40% des Treibhausgasausstoßes im Vgl. zu 1990 reduzieren</p>	<p>wirksame Klimapolitik</p> <p>Basis der Umweltpolitik: ökologisch-soziale Marktwirtschaft, in der Kostenvahrheit und Verursacherhaftung gelten</p>	<p>n.a.</p>

Atomkraft				
CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Erhöhung der Sicherheit der Kraftwerke und verbindliche Sicherheitsziele festschreiben</p> <p>System wechselseitiger Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung für die Sicherheit</p>	n.a.	<p>Atomausstieg in ganz Europa</p> <p>Abschaffung des Euratom-Vertrags und der Forschungsförderung, Genehmigungsprivilegien und der Begünstigung von Investitionen in Atomkraft</p> <p>Begrenzung der Forschung zur Kernspaltung auf Gesundheits-, Sicherheits- und Entsorgungsfragen</p> <p>Gemeinsame Sicherheitsstandards auf dem Stand von Wissenschaft und Technik, verbesserte Kontrollen, EU-weite unbeschränkte Haftung der Betreiber</p> <p>Kein Export von Atommüll und abgebrannten Kernbrennstoffen über die Grenzen der EU hinaus</p> <p>Angemessene Versicherung von Atomkraftwerken statt substanzielle und inakzeptable Subvention aus öffentlichen Kassen</p>	<p>Einsatz für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie</p> <p>Die europäische Vertragsgemeinschaft Euratom muss gekündigt und aufgelöst werden</p>	n.a.
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
n.a.	<p>Euratom-Vertrag grundlegend überarbeiten</p> <p>Förderung für Kernspaltung beenden</p>	<p>Abschaffung indirekter Beihilfen in Form von gesetzlichen Haftungsfreistellungen von Atomkraftwerken</p>	<p>Auflösung des Euratom-Vertrags</p> <p>EU-weiter Atomausstieg</p> <p>Abschaffung schädlicher Subventionen</p>	n.a.

5. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Außenpolitik

Freizügigkeit

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Arbeitnehmer-Freizügigkeit darf nicht von Armutswanderung überlagert werden</p> <p>Gestaltung des deutschen Rechts im Rahmen europäischer Vorgaben so, dass die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen effektiver unterbunden werden kann</p> <p>Verstärkte Gewinnung qualifizierter und leistungsbereiter Menschen aus anderen Ländern, um den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand in Deutschland auf Dauer zu erhalten</p>	<p>Arbeitnehmer-Freizügigkeit steht nicht zur Disposition</p> <p>Durch klare Regeln und Richtlinien darf die Freizügigkeit nicht zu Missbrauch der Sozialleistungen führen</p> <p>Konsequente Anerkennung der Ausbildungen</p>	<p>Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften der EU</p> <p>Forderungen nach Ausweisung und Wiedereinreisesperren für Unionsbürger wegen des Bezugs von Sozialleistungen sind ebenso populistisch wie europarechtswidrig</p> <p>Ablehnung einer Schleifung des Grundrechts auf Freizügigkeit</p> <p>Reise- und Visumsfreiheit sind unverzichtbar für Europas Bürger, wirken integrativ und tragen zur Identifikation mit Europa bei</p>	<p>Bestimmungen zum Wahlrecht und das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt sollen für alle gelten, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben</p>	<p>Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern</p> <p>Unbürokratische Mitnahme von Sozialversicherungsansprüchen</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit als große Errungenschaft der europäischen Integration</p> <p>Aber: keine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme</p>	<p>Im Rahmen der Arbeitnehmer-Freizügigkeit Chance nutzen, den demographischen Wandel abzufedern</p> <p>Freizügigkeit bedeutet keine freie Wahl der sozialen Sicherungssysteme</p> <p>Einführung eines Migrationsfonds im Zusammenhang mit Freizügigkeit</p>	<p>Freizügigkeit wird begrüßt, allerdings muss der gemeinsame, europäische Arbeitsmarkt der Förderung des Wohlstands und dem Nutzen aller dienen</p>	<p>Sofortige Arbeitnehmer-Freizügigkeit für die Bewohner der neu beigetretenen EU-Staaten</p>	<p>Änderung der EU-Freizügigkeitslinie mit dem Ziel, für den Bezug von Sozialleistungen das Heimatlandprinzip zu verankern und somit Sozialtourismus zu unterbinden</p> <p>Keine Anwerbemaßnahmen im außereuropäischen Raum</p>

Jugendarbeitslosigkeit				
CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Fortführung und Ausbau der EU-Jugend-Offensive</p> <p>Die getroffenen Vereinbarungen der Jugendgarantie müssen umgesetzt werden</p>	<p>Rettungsschirm für Europas Jugend: die vereinbarten europäischen Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung stehen und nötigenfalls aufgestockt werden. Mittel sollen in einem Jugendbeschäftigungsfonds gebündelt und durch Zuweisungen aus dem ESF ergänzt werden</p> <p>Ziel sollte es sein, in Europa die Jugendarbeitslosigkeit in fünf Jahren um 30% zu verringern</p> <p>Die Jugendgarantie sieht vor, dass jeder arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren binnen vier Monaten ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Job, eine Ausbildung, Weiter- bzw. Fortbildungsmöglichkeit oder Praktikum erhält</p>	<p>Besser ausgestatteter Sozialfonds soll Mitgliedstaaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit mehr Mittel für deren Bekämpfung zur Verfügung stellen</p>	<p>Für eine umfassende Jugendgarantie</p> <p>Recht auf Ausbildung und Übernahme</p> <p>Sofortprogramm für Menschen ohne abgeschlossene Berufsbildung</p>	<p>Durchführung struktureller Arbeitsmarktreformen</p> <p>Zuständigkeit für Bildung und Arbeitsmarkt muss jedoch bei den Mitgliedstaaten bleiben</p> <p>EU muss den Zugang in den Arbeitsmarkt anderer Mitgliedstaaten für Schul- und Hochschulabsolventen erleichtern</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Lösung der Jugendarbeitslosigkeit als nationale Aufgabe der Krisenstaaten, da die Ursachen oft in unzureichenden Reformen der dortigen Arbeitsmärkte liegen</p> <p>Abwertung der Währungen soll zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zu neuen Arbeitsplätzen besonders für Jugendliche führen</p>	<p>Einsatz für Programme und Maßnahmen, um rasant steigende Arbeitslosenzahlen bei Jugendlichen besonders in südeuropäischen Staaten zu bekämpfen</p>	<p>Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen durch ein Gesamtkonzept aus Bildung, sinnvoller Infrastruktur und einem Programm zur Förderung einer modernen Wirtschaft</p>	<p>n.a.</p>	<p>n.a.</p>

Handelspolitik

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Abbau der Handelsbeschränkungen weltweit und Stärkung des internationalen Freihandels</p> <p>Bekanntnis zum gemeinsamen EU-Binnenmarkt von Euroländern und Nicht-Euroländern</p> <p>Begrüßung der Ende 2013 erzielten Fortschritte bei der sogenannten „Doha-Runde“ und deren Fortführung, damit eine weitere Öffnung der Märkte und eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Welthandel erreicht wird</p>	<p>Ausbau der weltweiten Handelsbeziehungen</p> <p>Ziel: möglichst fortschrittliche arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards in den bilateralen und internationalen Handelsbeziehungen verankern</p>	<p>Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedstaaten und insbesondere den Eurostaaten und Förderung einer gleichmäßigen Entwicklung der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten</p> <p>Weiterentwicklung von Verfahren des makroökonomischen Dialogs</p> <p>Schaffung eines Ausgleichsinstruments, um konjunkturelle Ungleichgewichte abzubauen</p> <p>Förderung von mehr Transparenz und parlamentarischer Mitbestimmung in der EU-Handelspolitik, die bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet und bei der die Parlamente nur Zaungäste sind</p> <p>Reform der WTO und der internationalen Welthandelsordnung für eine konsequente Ausrichtung an Menschenrechten, Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung sowie mehr Transparenz und Beteiligung von Parlamenten und der Zivilgesellschaft bei den Verhandlungen</p> <p>Moratorium für neue Themen, die auf die Liberalisierungsagenda der WTO gesetzt werden; z.B. öffentliche Beschaffung und öffentliche Dienstleistungen</p>	<p>Einsatz für eine grundlegend veränderte Handelspolitik in der EU, die die selbstständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Partnerländer im globalen Süden ermöglicht und fördert</p> <p>Beteiligung von Parlamenten und Zivilgesellschaft an der Ausgestaltung der Handelspolitik</p>	<p>Weniger Bürokratie und weniger Regulierung im Binnenmarkt und in der Handelspolitik</p> <p>Freihandel weltweit vorantreiben und Handelshemmnisse abbauen</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Binnenmarkt als größte Errungenschaft der EU, der verteidigt werden muss</p> <p>Freier Verkehr von Personen, Dienstleistungen und Kapital wird befürwortet</p> <p>Jenseits der gemeinsamen Klammer des Binnenmarktes kann es Kooperationen geben, an denen nur ein Teil der europäischen Staaten teilnimmt</p> <p>Ungerechtfertigte Wettbewerbsbeschränkungen auf dem Europäischen Binnenmarkt müssen durch die europäische Wettbewerbsaufsicht aufgehoben werden</p>	<p>Uneingeschränkter Personen-, Waren, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr in ganz Europa</p>	<p>Stärkere Beteiligung des EU-Parlaments</p> <p>Erhebung von Strafzöllen und Anti-Dumping-Maßnahmen</p> <p>Zugang zu Informationen und öffentlichen Anhörungen</p>	<p>EU als liberal ausgerichtete Freihandelszone</p>	<p>Weniger zentrale Lenkung der europäischen Binnenwirtschaft durch Brüsseler Kommission</p>

Transatlantische Handels-und Investitionspartnerschaft (TTIP)

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Erweiterung des EU-Binnenmarktes um eine TTIP mit den USA</p> <p>Eine nordatlantische Freihandelszone schafft den weltweit größten Wirtschaftsraum; damit sorgt sie für Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks</p> <p>Die bewährten Arbeitnehmer-, Verbraucher-, Daten- und Umweltschutzniveaus der EU müssen dafür Grundlage sein</p> <p>Aufgabe, die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu schützen</p>	<p>Zeitgleich mit Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit USA müssen auch Fortschritte im Bereich des Schutzes der Privatsphäre und Bürgerrechte erreicht werden</p>	<p>TTIP birgt Chancen und Risiken</p> <p>Chancen, weil das Abkommen hohe sozial-ökologische Standards auf beiden Seiten des Atlantiks setzen könnte und vereinfachte Marktzugänge auch „grünen“ Branchen wie erneuerbaren Energien und Umwelttechnologien zugutekommen könnten</p> <p>Risiken, weil eine solch weitgehende Liberalisierung auch die Gefahr einer Aushöhlung von Öko- und Sozialstandards wie Datenschutz, Finanzdienstleistungen, Rechte geistigen Eigentums oder des Vorsorgeprinzips mit sich bringen kann</p> <p>Verhandlungen müssen transparent und unter Einbezug der Parlamente und der Zivilgesellschaft ablaufen</p>	<p>Ablehnung der TTIP</p> <p>TTIP nutzt den großen Banken und Konzernen und nicht der europäischen Binnenwirtschaft und wird den europäischen Markt mit Biokraftstoffen, Gentechnik Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen</p> <p>Die unzureichende EU- Chemikalienverordnung REACH sowie die ohnehin laxen Euro-Norm für Abgas-Emissionen stehen in Frage</p>	<p>Fokus auf transatlantische Freihandelszone mit USA</p> <p>Dort, wo nicht mit der Welthandelsorganisation möglich, soll der Weg zu Freihandelsabkommen mit anderen großen Wirtschaftszonen eingeschlagen werden, etwa Südamerika und Asien</p> <p>Freihandelsabkommen im Rahmen der Entwicklungshilfe auch mit Afrika denkbar, s. Entwicklungspolitik</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Ablehnung der Freihandelsabkommen, da es zu einer Verwässerung des Verbraucherschutzes, der Qualitätsnormen und des Nahrungsmittelrechts führen würde</p> <p>Verhandlung über TTIP hat bisher nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden, was gegen ein Verständnis der mündigen Demokratie spricht</p>	<p>Kein transatlantisches Freihandelsabkommen über die Köpfe der Bürger hinweg, Neustart nur bei Veröffentlichung der Verhandlungsdokumente; transparente Verhandlungsführung</p>	<p>Stopp des Freihandelsabkommens, da keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen</p> <p>Demokratie und Transparenz statt Geheimverhandlungen</p> <p>Kommission muss umfassende Nachhaltigkeitsprüfung von unabhängiger Stelle durchführen lassen</p> <p>Kein Klagerecht der USA gegen europäische Umwelt- und Sozialgesetze</p>	<p>n.a.</p>	<p>Auf europäischer Ebene wird sich die NPD mit Nachdruck dafür einsetzen, dass dieses Vorhaben niemals Wirklichkeit wird</p> <p>TTIP als größtenwahnsinniges Projekt, das Bürger und den Mittelstand dieses des Atlantiks belastet und einseitig auf die Interessen von internationalen Konzernen ausgerichtet ist</p> <p>TTIP würde nach Ratifizierung europäische Firmen nicht nur völlig unnötig in die Konkurrenz zu US-amerikanischen Unternehmen zwingen, sondern hätte auch in Bereichen wie dem Urheberrechtsschutz weitreichende Auswirkungen für europäische Anbieter</p>

Flüchtlingspolitik

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Verbesserung der Grenzüberwachung um ein aussagefähiges Lagebild an den Grenzen zu erreichen</p> <p>Grundsatz der Nichtzurückweisung und die Pflicht zur Seenotrettung müssen strikt eingehalten</p> <p>Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen</p>	<p>Möglichkeit der legalen Zuwanderung erhalten und weiterentwickeln, auch unabhängig von wirtschaftlicher Nützlichkeitslogik</p> <p>Drittstaatenregelung reformieren</p>	<p>Neuanfang in der europäischen Grenzpolitik: statt mehr Überwachung und Abschottung ein faires Asylsystem schaffen und legale Zuwanderung ermöglichen</p> <p>Statt der einseitig auf Flüchtlingsabwehr spezialisierten EU- Grenzschutzagentur FRONTEX eine Behörde, die den Grenzverkehr fair, sicher und menschenrechtskonform regelt. Sie soll eingebettet sein in eine neue europäische Gesamtstrategie für eine liberale und menschenrechtsbasierte Grenzpolitik</p> <p>Flüchtlinge müssen geschützt und aus Seenot gerettet statt abgewehrt werden; starke europäische Kooperation bei der Rettung von Schiffbrüchigen</p> <p>Mitgliedstaaten müssen ihrer internationalen Pflicht zur Seenotrettung endlich nachkommen. Auf dem Meer aufgegriffene Flüchtlinge haben das Recht auf Schutz vor Zurückweisung</p> <p>Das muss überall ohne Abstriche gelten. Die europäische Politik darf nicht darauf ausgerichtet sein Flüchtlingsboote zur Rückkehr zu zwingen</p>	<p>Auflösung von FRONTEX</p> <p>Statt Abschottung und Kriminalisierung: Gesamteuropäische Flüchtlings- und Migrationspolitik, die Menschen in Not hilft, die der Verantwortung der Europäischen Union für Migrationsbewegungen gerecht wird und die den Prinzipien der Menschenrechte und des Humanismus verpflichtet ist</p> <p>Ablehnung des Seeüberwachungssystems EUROSUR, das nicht Menschen in Not rettet, sondern die Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen weiter verschärft</p> <p>Unterstützung des „Memorandums für ein gerechtes und solidarisches System der Verantwortlichkeit“ und Bekenntnis zum Prinzip der freien Wahl des Zufluchtslandes ein, auf das sich viele Verbände verständigt haben (z.B. AWO, Diakonie, PRO ASYL, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutscher Anwaltsverein)</p>	<p>Forderung eines europäischen Verteilungsschlüssels; zur Berechnung sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft maßgeblich</p> <p>Schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, bei denen keine Gefahr besteht</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Humanitäre Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern</p> <p>Humanitäre Hilfe sollte jedoch heimatnah geschehen, da mit den verfügbaren Mitteln mehr erreicht werden kann und die betroffenen Menschen weniger stark enturzelt werden</p>	<p>Einführung eines europäischen humanitären Visums</p> <p>Einführung einer europäischen Auswanderungsberatung</p> <p>Einführung eines europäischen Resettlement-Programms</p>	<p>s. Asylpolitik</p>	<p>s. Asylpolitik</p>	<p>Errichtung einer gemeinsamen europäischen Abwehrlinie zum Schutz vor unkontrollierter Masseneinwanderung</p> <p>Der koordinierte Schutz Europas vor dem Massenansturm Fremder muss als vorrangige europäische Gemeinschaftsaufgabe in Angriff genommen werden und spezifische – auch militärisch flankierte – Maßnahmen im Mittelmeer ebenso wie auf dem Balkan und entlang der EU-Landgrenze in Ostmitteleuropa umfassen</p> <p>„Stopp der Flutung von armen und minderqualifizierten Immigranten“</p> <p>Familienpolitik statt Zuwanderung</p> <p>Illegale Einwanderung über das Mittelmeer sowie von Wohlstandsflüchtlingen aus dem südosteuropäischen Raum ist eine immense Herausforderung</p> <p>Massiv angestiegene Roma-Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien bedeutet für die Städte eine erhebliche Belastung durch explodierende Sozialausgaben und zahlreiche unerwünschte Begleiterscheinungen der neuen Völkerwanderung wie Kriminalität, Schmutz, Lärm, Prostitution und Ghettobildung</p>

Entwicklungspolitik

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Geleitet von einer wertorientierten Interessenspolitik</p> <p>Ansatz der europäischen Entwicklungszusammenarbeit: "Hilfe zur Selbsthilfe"</p> <p>Um die Wirksamkeit der europäischen Entwicklungspolitik zu stärken, so ausgestalten, dass sie sich bestmöglich mit den Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten ergänzt</p> <p>Keine eigenen Organisationen in der EU, die selbst Entwicklungsprojekte durchführen, sondern nur dann europäische Entwicklungspolitik, wenn EU als übergeordnete politische Einheit bessere Problemlösungen anbieten kann</p> <p>Verbesserung der Arbeitsteilung sowohl zwischen der gemeinschaftlichen Ebene und den Mitgliedstaaten als auch unter den Mitgliedstaaten selbst</p> <p>Bessere Abstimmung der europäischen Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik sowie der verschiedenen Finanzierungsquellen</p> <p>Überführung des europäischen Entwicklungsfonds in den Haushalt der Europäischen Kommission</p>	<p>Finanzielle Ausstattung und Effizienz der Entwicklungspolitik weiter unterstützen und vorantreiben</p> <p>Nahrung, Gesundheit und Bildung im Mittelpunkt</p> <p>Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit: Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme, Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung und Ernährung</p>	<p>Kooperationsinstrument für die Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen und eine weltweite angemessene Angleichung von Lebensstandards und Ressourcenverbrauch</p> <p>Nachhaltigkeit ins Zentrum der zukünftigen Entwicklungsziele der VN rücken</p> <p>Endliche Umsetzung der Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung auf 0,7 % des BIP bis 2015, worauf sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet haben</p> <p>Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks dürfen nicht durch falsche Liberalisierungsvorstellungen der EU geprägt werden</p>	<p>Konzentration der Entwicklungshilfegelder auf Maßnahmen zur direkten Armutsbekämpfung</p> <p>Da die EU-Entwicklungspolitik zunehmend mit Handels- und militärischen Interessen verknüpft werden und EU-Freihandelsabkommen die friedliche und eigenständige Entwicklung von Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika gefährden, dürfen Finanzmittel, die für Entwicklungshilfe vorgesehen sind, nicht für Militarisierung verwendet werden</p> <p>Die wirtschafts- und sozialpolitische Steuerungsfähigkeit der Partnerländer darf nicht durch Handels- und Investitionsabkommen mit der EU untergraben werden. Sie sollte durch die EU-Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden</p> <p>Stärkung der Mitwirkungsrechte der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung der AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) und des Europäischen Parlaments an der Programmierung und Umsetzung des EEF</p>	<p>Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern stärken</p> <p>Klassische Entwicklungshilfe reduzieren</p> <p>Mittel zielgerichtet, transparent, effizient und kontrolliert einsetzen</p> <p>Ebenfalls Freihandelsabkommen mit Afrika denkbar, s. TTIP</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
n.a.	<p>Umfassendere Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit</p> <p>Verstärkter Fokus auf Flüchtlingsherkunftsländer</p>	<p>Handelsabkommen mit Entwicklungsländern müssen deren strukturelle und wirtschaftliche Schwächen durch besonders günstige Bedingungen beim gegenseitigen Handel berücksichtigen</p>	n.a.	n.a.

Außenpolitik

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Unterstützung der Zweistaaten-Lösung für Israel und Palästina</p> <p>Weitere Sanktionen bei Nichtkooperation des syrischen Regimes</p> <p>Förderung der nachhaltigen Entwicklung reformbereiter Länder in Nordafrika und der arabischen Welt durch die EU</p> <p>Bekämpfung von Armut, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Afrika, Politik der Stabilisierung und Wiederaufbau von schwachen oder gescheiterter Staaten</p> <p>Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu einer gemeinsamen Verteidigung der EU</p> <p>Stärkung der gemeinsamen Verteidigung der EU: Langfristig wird eine europäische Armee angestrebt</p> <p>Enge Zusammenarbeit mit der NATO</p> <p>Verstärkung gemeinsamer Rüstungsprojekte</p> <p>Angleichung der Richtlinien für Rüstungsexporte innerhalb der EU</p> <p>Verbesserung der Fähigkeiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes für ein vorbeugendes Krisenmanagement und für eine schnelle Krisenreaktion</p> <p>Bessere Verknüpfung und Abstimmungen der Handels- und Außenpolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Europäischer Kommission und EAD</p>	<p>Initiativen zur Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU</p> <p>Langfristiges Ziel: Aufbau einer europäischen Armee</p>	<p>Die EU-Außenpolitik ist im Entstehen begriffen. Doch statt sie als Politik einer Wertegemeinschaft zu entwickeln, orientieren sich Europas Regierungen in erster Linie an ihren kurz-sichtigen Interessen</p> <p>Die EU braucht einen grundsätzlichen Neuanfang für den gesamten Mittelmeerraum. Es bedarf finanzieller Hilfen, Erleichterungen bei der Visa-vergabe, Marktzugang und Arbeitsmigration, um Anreize für demokratische Reformen zu setzen</p> <p>Die EU kann eine unterstützende Rolle für eine Friedenslösung zwischen Israel und Palästina einnehmen, Berücksichtigung der Rechte und der Sicherheit Israels und Palästinas gleichermaßen. Die unverrückbare und dauerhafte Unterstützung für die Existenz und die Sicherheit Israels auf Grundlage der Grenzen von 1967 ist Eckpfeiler europäischer und deutscher Außenpolitik. Die Entscheidung der EU mit Zustimmung der Bundesregierung, die israelischen Siedlungen in besetzten Gebieten von einer Förderung auszuschließen, war richtig</p>	<p>Austritt Deutschlands aus der NATO</p> <p>Die EU-Rüstungsagentur soll abgeschafft und Rüstungsexporte EU-weit verboten werden</p> <p>Ablehnung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes, der eine Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) forciert</p> <p>Ablehnung einer Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der GASP und GSVP sowie an EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften</p>	<p>Gemeinsame und umfassende EU-Außen- und Sicherheitspolitik</p> <p>NATO ausbauen</p> <p>Rüstungsentwicklung und -beschaffung stärker im europäischen Rahmen stattfinden lassen</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in den Bereichen, in denen die EU gemeinsame Interessen ihrer Mitgliedsstaaten vertritt</p> <p>In Politikbereichen, für die nach EU-Recht die Mitgliedsstaaten zuständig sind, muss sich die Außen- und Sicherheitspolitik an den nationalen Interessen orientieren</p> <p>NATO ist und bleibt die Klammer einer transatlantischen Sicherheitsstruktur</p> <p>Gegen einen europäischen Verteidigungsminister oder einer europäischen Armee</p> <p>Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten wird abgelehnt</p>	<p>Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch Mehrheitsentscheidungen</p> <p>Ausgewogenes Gesamtkonzept der europäischen Außenpolitik</p> <p>Stärkung des EAD</p> <p>Stärkung der EU-Nachbarschaftspolitik</p> <p>Konzept gemeinsamer Krisenreaktionskräfte ausbauen</p>	<p>Forderung nach Transparenz in der Außen- und Verteidigungspolitik</p> <p>Besonders bei Militäreinsätzen demokratische Kontrolle</p> <p>Gemeinsame, auf demokratischen Fundament fußende, europäische Außen- und Verteidigungspolitik muss den Bürgerrechten verpflichtet sein</p> <p>Gegen bewaffneten Drohneneinsatz</p>	<p>Gemeinsame EU-Außenpolitik muss auf Konfliktvorbeugung zielen</p> <p>Die Aufgabe der Friedenswahrung obliegt den in der UNO verbundenen Völkern</p> <p>Die EU-Mitgliedsstaaten sollen sich auf schrittweise Abrüstung und auf die Beschränkung von Rüstungsexporten auf EU- und NATO-Mitgliedsstaaten verpflichten</p>	<p>Außerkräftsetzung der verbrecherischen Beneš-Dekrete in der Tschechischen Republik, die den geltenden europäischen Minderheitenstandards diametral zuwiderlaufen</p> <p>Aufkündigung des Schengen-Abkommens</p> <p>Formulierung einer europäischen, von Konzern- und US-Interessen unabhängigen Außenpolitik</p> <p>Herstellung stabiler politischer Verhältnisse in der südlichen Mittelmeerranrainer-Region</p> <p>Neujustierung der europäischen Außen- und Weltpolitik, weg von der zwanghaften transatlantischen Fixierung</p> <p>Die Wiederherstellung eines souveränen Europas durch den Abzug aller fremden, insbesondere amerikanischen Truppenteile von europäischem Boden; hierzu gehört insbesondere der schnellstmögliche Abzug des amerikanischen „Raketen-Schutzschildes“ aus den Stationierungsländern in Ostmittel- und Südosteuropa und die Auflösung der amerikanischen Militärlogistik mit ihren Befehls- und Abhöreinrichtungen auf dem Boden der Bundesrepublik</p> <p>Errichtung eines Europäischen Verteidigungspaktes (EVP) als Plattform zur Koordination der Sicherheitspolitik der Europäischen Union</p>

Asylpolitik				
CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Dublin-Verfahren hat sich grundsätzlich bewährt, weist in der Praxis jedoch Mängel auf</p> <p>Weiter auf ein funktionierendes Gemeinsames Asylsystem vertrauen, mit dem hohe Schutzstandards errichtet wurden</p> <p>Umsetzung es Gemeinsamen Asylsystems vorantreiben und praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verstärken</p> <p>Weiterhin gilt das Prinzip: Einheitliches Schutzniveau und solidarische Lastenteilung</p> <p>Einsatz für eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge</p>	<p>Weiterentwicklung des gemeinsamen europäischen Asylsystems</p>	<p>Asylsuchende sollen Flüchtlingsvisum in den EU-Delegationen und Botschaften der EU-Mitgliedstaaten beantragen und dann sicher in die EU einreisen können</p>	<p>Keine Arbeitsverbote für Asylsuchende</p> <p>Faire Arbeitsbedingungen für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus</p> <p>Garantie des Grundrechts auf Asyl</p> <p>Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel müssen die Möglichkeit zur Legalisierung und faire Arbeitsbedingungen haben</p> <p>Asylsuchende dürfen nicht inhaftiert werden</p> <p>Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende müssen sichergestellt werden</p> <p>Für eine Visa-Liberalisierung</p> <p>Ziel: ein Europa und eine Welt ohne Visa-Pflicht</p>	<p>Europaweite menschenwürdige Regelung des Grundrechts auf Asyl</p> <p>Vorprüfungen im Rahmen von Asylverfahren</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten verhindern</p> <p>Innerhalb der EU gemeinsame Mindeststandards für die Versorgung und Unterbringung der Asylbewerber</p> <p>Recht auf Arbeit für Asylbewerber gewährleisten</p> <p>Soziale und finanzielle Folgen sind unter den Ländern der EU fair zu verteilen</p> <p>Periphere EU-Staaten dürfen nicht die Hauptlast tragen</p> <p>Gleichzeitig verstärkte Bekämpfung von kriminellen Schlepperbanden</p>	<p>Umfassende Reform der EU-Flüchtlings- und Asylpolitik</p> <p>Faire und sachorientierte Reform des Dublin-II-Systems</p> <p>Deutschland nicht weiter belasten</p>	<p>Ausweitung der Asylgründe</p> <p>Neuausrichtung der Asyl- und Flüchtlingspolitik</p> <p>Länder müssen gemäß ihren Kapazitäten Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen</p> <p>Ablehnung der Inhaftierung von Asylsuchenden</p> <p>Eine Initiative soll angeregt werden, dass Menschen ohne Papiere Perspektiven für rechtmäßigen Aufenthalt bekommen</p> <p>Abschiebungen sind zu untersagen, genauso wie Abschiebehaft</p> <p>Drittstaatenregelung und deren Konkretisierung in der Dublin-II-Verordnung wird abgelehnt</p>	<p>Schaffung eines einheitlichen Grundrechts auf Asyl; dieses und Asylverfahren so gestalten, dass sie dem Grundrecht auf Asyl genügen</p> <p>Einheitliche Standards für die Asylverfahren und Umgang mit Asylbewerbern</p>	<p>Nicht hinnehmbar, dass Deutschland das Gros der nach Europa strömenden Zuwanderer aufnimmt</p> <p>Grenznahe, zentralisierte Unterbringung von Asylbewerbern, um Rückschiebung schnell und effizient durchführen zu können</p>

Verbraucherschutz, Bürgerrechte, Datenschutz

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Reform des europäischen Datenschutzrechts bei Erhaltung der strengen deutschen Schutzstandards</p> <p>Bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten</p> <p>Bessere Durchsetzung europäischer Datenschutzstandards gegenüber Anbietern aus Drittstaaten</p> <p>Neue transatlantische Schutzstandards, um personenbezogene Daten bei ihrer Übermittlung von Europa in die USA besser zu schützen</p> <p>Neuverhandlung des Safe-Harbour-Modells</p>	<p>Starke europäische Rechte und Standards im Verbraucherschutz</p> <p>Europäisches Regime zum Datenschutz auf hohem Niveau</p> <p>Trotz möglichen Freihandelsabkommens mit USA: Schutz der Privatsphäre</p>	<p>Aufklärung der Ausspähpraktiken im Europäischen Parlament durch einen Untersuchungsausschuss</p> <p>Aussetzung bestehender Verträge, wie zum Austausch von Fluggast- oder Bankdaten (PNR und SWIFT)</p> <p>Neuaufstellung der Geheimdienstarbeit von allen Mitgliedstaaten und Verpflichtung zur Beendigung gegenseitiger Spionageaktionen</p> <p>Zur Abwehr von Spionage gegenüber Staat, Wirtschaft und EU-Bürgern verbindliche europäische Regelungen auf Grundlage der EU-Grundrechtecharta</p> <p>Zulassung von zivilen Drohnen in Europa bedarf klarer grundrechtsschützender Bedingungen</p>	<p>Geheimdienste auflösen</p> <p>Kooperationsverbot von Polizei auf europäischer und nationaler Ebene</p> <p>Whistleblower erhalten gesetzlichen Schutz vor Auslieferung</p> <p>Beschränkung der Datenspeicherung</p> <p>Stärkung der geplanten Datenschutz-Grundverordnung der EU</p> <p>Moratorium der Abkommen mit den USA über den Austausch von Bankdaten (SWIFT), den Austausch von Fluggastdaten (PNR) und über die Weitergabe personenbezogener Daten aus der EU an Wirtschaftsunternehmen der USA (Safe-Harbour)</p>	<p>Ein Europa der Privatsphäre</p> <p>Überwachung des öffentlichen Raumes wird abgelehnt</p> <p>Keine Vorratsdatenspeicherung</p> <p>Europäisches Datenschutzsiegel bei Datensammlungen</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Bürger muss über seine personenbezogenen Daten selbst bestimmen</p> <p>Freiheitsrechte und Souveränität der Bürger muss geschützt werden</p> <p>Anlasslose und unkontrollierbare Überwachungsmaßnahmen sind einzustellen</p> <p>Gegen Vorratsdatenspeicherung</p> <p>Transfer von Daten an Sicherheitsbehörde der USA beenden</p> <p>Transfer von Daten aufgrund des SWIFT-Abkommens sowie Übermittlung von Fluggast-Daten beenden</p> <p>Speicherung und Datenübertragung ist durch Verschlüsselungstechniken zu schützen</p>	<p>Bessere Kooperation zwischen Polizei und Justiz der EU-Mitgliedstaaten</p> <p>Transatlantisches Datenschutzabkommen</p> <p>Arbeit der Verbraucherzentrale stärken</p> <p>No-Spy-Abkommen mit USA</p>	<p>Einheitliches Datenschutzrecht, das mind. Datenschutzniveau erreicht</p> <p>Möglichkeit, elektronische Kommunikation für abhörsichere Korrespondenz zu verschlüsseln</p> <p>Starker Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung</p> <p>Anspruch aus Selbstauskunft und Löschung personenbezogener Daten</p> <p>Grundsätzliche Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung</p> <p>Neue Überwachungspläne stoppen</p> <p>Open data stärken</p> <p>Korruption in Wirtschaft und Einflussnahme auf polit. Entscheidungen offenlegen</p> <p>Gegen Fernverkehrsspeicherung, Überwachung nur gezielt bei Personen, die der Begehung oder Vorbereitung einer Straftat verdächtig sind</p>	<p>Einsatz einer staatenübergreifend arbeitenden Polizei und EU-weit vernetzte Ermittlungsorgane</p> <p>Verbot jedweder generellen Überwachung</p> <p>Verbraucherschutz europäische Aufgabe</p>	<p>Drastische Einschränkungen aller Bestrebungen zur lückenlosen Datenerfassung und Überwachung der europäischen Bürger durch europäische und ausländische Behörden</p> <p>Gängelungs- und Zensurgesetze, die die freie Meinungsäußerung einschränken, sind unwürdig</p> <p>Kritische Überprüfung der nachrichten- und geheimdienstlichen Kooperation europäischer und fremder Dienste</p>

Netzpolitik / Digitale Kultur

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Besonders im Bereich der Industrie 4.0 müssen Deutschland und Europa neue Anstrengungen unternehmen, um Technologieführer zu werden</p> <p>Die notwendigen Lösungen für eine gute digitale Zukunft in Europa im Dialog mit den Bürgern diskutieren und entwickeln</p> <p>Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz in allen Altersgruppen der Bevölkerung stärken</p> <p>Europa soll an die Weltspitze des digitalen Fortschritts geführt und mit innovativen Ideen und guten Rahmenbedingungen zum digitalen Wachstumskontinent werden</p> <p>Europa soll zum führenden Standort für Internet- und IT-Unternehmen werden</p> <p>Unternehmen im digitalen Sektor sollen schneller und leichter gegründet werden können</p> <p>Aufbau eigener Kompetenzen im Bereich der Hard- und Software</p> <p>Im Internetbereich, in der digitalen Sicherheitstechnik und im Bereich der Hardware-Komponenten muss Europa unabhängiger und handlungsfähiger werden</p> <p>Ziele der „Digitalen Agenda“ müssen erreicht werden</p> <p>Flächendeckende Anschlüsse für schnelles Internet; Breitbandausbau vorantreiben</p> <p>Binnenmarkt für Telekommunikation weitergehen</p>	<p>Schlüsselaufgabe für Europa ist die Entwicklung einer ambitionierten digitalen Agenda</p> <p>Die Rolle, die Europa im 21. Jahrhundert spielen wird, hängt davon ab, ob es gelingt in der digitalen Welt Anschluss zu halten und europäische Standards durchzusetzen</p> <p>Internetzugang als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge, der erhalten und geschützt werden muss</p>	<p>Potenzial der Digitalisierung und des Internets muss für Forschung, Bildung und Wissens- und Technologietransfers noch nutzbarer werden</p> <p>Ausbau digitaler Infrastrukturen, die Anpassung der Immaterialgüterrechte und der Transfer von Forschungsergebnissen in die Aus- und Weiterbildung fortführen</p> <p>Für einen gleichberechtigten Zugang zum Internet</p> <p>EU-Fördermittel für den Breitbandausbau stärker an Kriterien des gleichberechtigten Zugangs zu den Netzen koppeln und auf den flächendeckenden Glasfaserausbau fokussieren</p> <p>Breitbandzugang als Teil der Daseinsfürsorge</p> <p>Netzneutralität, d.h. die gleichberechtigte Übertragung von Daten im Internet ohne Diskriminierung, gehört europarechtlich verankert</p> <p>Ausbau des digitalen Binnenmarktes, um Europa als Standort besonders für Start-Ups attraktiver zu machen</p>	<p>Internet als Grundversorgung</p> <p>Freiheit im Internet sicherstellen durch Neutralität des Netzes</p> <p>Ausbau der Netzwerkkapazitäten</p> <p>Privatisierung in diesem Bereich muss zurückgedrängt werden</p> <p>Netzausbau gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher oder kommunaler Art muss erleichtert werden</p>	<p>Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes</p> <p>Guter Datenschutz als Voraussetzung für den Erfolg der digitalen Entwicklung</p> <p>Wahrung der Netzneutralität in der gesamten EU</p> <p>Größtmöglicher Wettbewerb innerhalb des Netzes, auch für Startups und Investoren</p> <p>Bestehende Rechtsunsicherheiten in einer digitalisierten Welt sind durch ein modernes europäisches Urheberrecht auszuräumen</p> <p>Bildungs- und Wissensinhalte öffentlicher Einrichtungen sollen weitestgehend digitalisiert und der entsprechende Online-Zugang ausgebaut werden</p> <p>Forschungsergebnisse, die mit Steuergeldern finanziert wurden, sollen jedem Bürger, Wissenschaftler und Studierenden durch obligatorische Publikation mit Open Access frei zugänglich gemacht werden</p> <p>Zugang zur Breitbandversorgung ist unabdingbar</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Öffentliche Behörden und Einrichtungen haben einen Plan zur Umstellung auf freie, quelloffene Software vorzulegen</p> <p>Speicherung und Übertragung digitaler Daten von Bürgern und Unternehmen ist wirksam durch hochwertige Verschlüsselungstechniken zu schützen</p> <p>s. Verbraucherschutz, Bürgerrechte, Datenschutz</p>	<p>Förderung des Breitbandausbaus</p>	<p>Prinzip der Netzneutralität muss europaweit gesetzlich verankert werden, um einen dauerhaften Investitionsanreiz, einen fairen Wettbewerb und die Gleichbehandlung der Akteure im digitalen Raum sicherzustellen</p> <p>Digitale Teilhabe an der Gesellschaft in der europäischen Grundrechtecharta verankern und den europaweiten Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur durch die EU stärker fördern</p> <p>Lückenlose Breitbandversorgung gewährleisten</p> <p>Gegen eine Monopolisierung der Kommunikationsinfrastruktur</p> <p>Gegen Drosselung, Deep-Packet Inspection und Netzsperrern</p> <p>Es muss die kostenlose Möglichkeit geben, elektronische Kommunikation für eine abhörsichere Korrespondenz zu verschlüsseln und rechtskräftig digital zu signieren</p> <p>Ein Zwang zur Verwendung von amtlich erfassten Namen im Internet ist abzulehnen</p> <p>Für ein internationales Abkommen zur Freiheit des Internets und zur digitalen Abrüstung</p> <p>Für einen fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Nutzern und Verwertern</p>	<p>n.a.</p>	<p>n.a.</p>

Agrarpolitik, Gentechnik

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Weg der Marktorientierung im Interesse der Landwirtschaft weitergehen</p> <p>Förderung von nachhaltigen Anbauverfahren im Rahmen der ökologischen Vorrangflächen</p> <p>Verpflichtende Kennzeichnung für Produkte, die mit gentechnischen Verfahren hergestellt wurden. Hierzu gehört Fleisch von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden</p>	<p>n.a.</p>	<p>Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik: Ausstieg aus der industriellen Agrarwirtschaft organisieren und eine Erneuerung Richtung einer bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft</p> <p>Kampf gegen Landgrabbing</p> <p>Ablehnung der Renationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik</p> <p>Ende von Exportsubventionen</p> <p>Alle Agrarzahungen an die Erbringung ökologischer und sozialer Leistungen knüpfen statt europäische Subventionen von jährlich über 40 Milliarden Euro, die Bauern abhängig gemacht haben und den Markt verzerren</p> <p>EU-weite Unterbindung von skandalösen Dumpinglöhne und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für Arbeiter z.B. in der Fleischverarbeitung</p> <p>Ablehnung gentechnisch veränderter Pflanzen, da sie nur im Paket mit unkalkulierbaren Risiken für Umwelt, Gesundheit und Gesellschaft zu haben sind</p> <p>Konsequente Reform des europäischen Zulassungsverfahrens</p> <p>Stärkung der unabhängigen Risikoforschung, damit die Studien für die Zulassung nicht weiter von Monsanto und anderen Agrochemie-Konzernen erstellt werden</p> <p>Möglichkeit für die Mitgliedstaaten sich rechtssicher und dauerhaft gegen den Gentechnik-Anbau zu entscheiden</p> <p>Höchste Priorität der Reinhaltung des Saatguts von gentechnischen Verunreinigungen</p>	<p>Ablehnung von Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben</p> <p>Lückenlose Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte</p> <p>Deutliche Anteilserhöhung regional erzeugter und verbrauchter Produkte</p> <p>Macht transnationaler Konzerne wie Monsanto muss gebrochen werden</p> <p>Weltweites Verbot und Ächtung von Landgrabbing</p> <p>Reduzierung der Futtermittelimporte in die EU</p> <p>Förderung der regionalen Kreisläufe in der Landwirtschaft</p> <p>Voraussetzungen für die Zahlung von Prämien aus dem Agrar-Etat der EU sind: Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten, Sozialversicherungspflicht für Angestellte, mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte sowie die Anrechnung der Arbeitskosten bei Großbetrieben</p>	<p>Starke und innovative Landwirtschaft</p> <p>Landwirtschaft von Subventionen unabhängig machen</p>

		Europäische Eiweißpflanzenstrategie statt gentechnisch verändertem Import-Soja als Futtermittel Eine Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte, die mit Gentechnik-Futter erzeugt wurden		
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Umfassende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU mit dem Ziel, die Subventionen deutlich zu reduzieren</p> <p>Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte regionalisieren</p> <p>Gegen Kartelle durch sehr wenige kommerzielle Saatgut-Anbieter</p> <p>Ausgewogenes Verhältnis von landwirtschaftlicher Fläche zum Tierbesatz wird angestrebt</p> <p>Effiziente Tier- und Pflanzenproduktion darf die menschliche Gesundheit nicht gefährden</p> <p>Generelle oder auch spezifische Zulassung genmanipulierter Landwirtschaftsprodukte wird abgelehnt</p> <p>Entscheidung des Anbaus experimenteller Sorten muss im Verantwortungsbereich der Länder liegen</p> <p>Landsorten dürfen auch weiterhin ohne Sortenschutz und ohne umfangreiche Zertifizierung angebaut werden</p> <p>Die Direktzahlungen (sog. „1. Säule“) sollen mit Ausnahme von Krisenfonds und Katastrophenschutzfonds innerhalb von 10 Jahren komplett abgebaut werden</p>	<p>Gemeinsame Agrarpolitik der EU weiterentwickeln</p> <p>Stärkung der regionalen Kompetenzen</p> <p>Für ein gentechnikanbaufreies Europa</p>	<p>Keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung</p> <p>Schonung der natürlichen Ressourcen</p> <p>Kombination von Saatgut mit Pflanzenschutzmitteln wird abgelehnt</p>	<p>Eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft mit weitgehend dezentraler Vermarktung</p> <p>Verbot von Agro-Gentechnik</p>	<p>Nicht akzeptable Entwicklung der Agrarpolitik in Deutschland und allen anderen europäischen Ländern</p> <p>Im Bereich der Landwirtschaft profitieren durchrationalisierte Großbetriebe vom Brüsseler Subventions-Füllhorn, während kleinere Betriebe oft leer ausgehen und dem Konkurrenzdruck vonseiten hochgezüchteter Agrarfabriken nicht gewachsen sind</p> <p>Diese Entwicklung führt zu fortschreitender Monokultur und zum Sterben unrentabler, weil kleinerer Landwirtschaftsbetriebe. Schon unter dem Aspekt der Artenvielfalt, der Landschaftspflege und der Versorgungssicherheit ist diese Entwicklung nicht akzeptabel</p>

Sozialpolitik, Mindestlohn, Bildung

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Hohes Niveau der deutschen Sozialleistungen steht in einem engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands und seiner Wettbewerbsfähigkeit; insofern ist dies nur national zu regeln</p> <p>Voraussetzungen schaffen, dass überall in Europa wieder mehr Familien gegründet und Kinder geboren werden</p> <p>Unterstützung anderer Länder bei der Einführung der dualen Ausbildung in Schule und Betrieb</p> <p>Umsetzung der Jugendgarantie</p> <p>Vielfalt der Bildungssysteme in Deutschland wahren</p> <p>Bessere Abstimmung von Aus- und Weiterbildung und Arbeitssuche in Europa</p> <p>Leichtere Übertragung von Bildungsabschlüssen</p> <p>Missbräuchliche Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme verhindern</p>	<p>Europäischer Pakt für Mindestlöhne gemessen am Durchschnittseinkommen in allen EU-Mitgliedsstaaten</p> <p>Soziale Mindeststandards europäisch vereinbaren</p> <p>Übertragung der deutschen dualen Berufsausbildung auf Europa</p> <p>Ausbau von Europaschulen</p> <p>Verbessere Jugendbildungsarbeit und Jugendmobilität</p> <p>Junge Menschen sollen von „Erasmus+“ profitieren</p>	<p>Einführung eines garantierten Mindestlohns in allen EU-Staaten anhand von Kriterien, auf die sich innerhalb der EU verständigt werden muss</p> <p>Stärkere EU-weite Koordinierung von Tarifverhandlungen</p> <p>Prüfung der Höchstarbeitszeit von momentan 48 Stunden</p>	<p>Soziale Fortschrittsklausel</p> <p>Verbindliche europäische Mindestlohnregelung in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns</p> <p>Höchstarbeitszeit von zunächst 40 Stunden die Woche festsetzen</p> <p>EU-Vorgabe, die für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Rente im Rahmen der Sozialversicherungen ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens vor Ort gewährleistet</p>	<p>Etablierung einer dualen Berufsausbildung</p> <p>Zukünftiger Schwerpunkt des europäischen Forschungs-Rahmen-Programms (FRP) auf die Förderung von innereuropäischer transnationaler Kooperation</p> <p>Englisch als gemeinsame Zweitsprache in Europa schaffen</p> <p>Stärkere Förderung von Austauschprogrammen</p> <p>Bologna-Prozess fortentwickeln</p> <p>Reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen</p>

AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Für eine gerechte und faire Sozialpolitik sowie nachhaltige Sozialversicherungssysteme</p> <p>Arbeits- und Sozialpolitik als nationale Aufgabe der Mitgliedstaaten – gegen eine europäische Sozialunion und eine europäische Arbeitslosenversicherung</p> <p>Ausländische Arbeitnehmer sind in den Mitgliedstaaten genauso zu entlohnen und unterliegen gleichen gesetzlichen Regelungen wie inländische Arbeitskräfte</p> <p>Für eine soziale Absicherung für Geringverdiener in Deutschland</p> <p>Gegen einen gesetzlich festgelegten, flächendeckenden Mindestlohn</p> <p>Für die im Grundsatz verankerte Tarifautonomie</p> <p>Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss unterbunden werden</p> <p>Gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen</p> <p>Universitäten müssen die Möglichkeit haben, neben BA- und MA-Studiengängen, zu Diplom-, Staats-examen und Magisterstudiengänge zurückzukehren</p> <p>Gegen eine politisch verordnete Erhöhung der Akademikerquote</p> <p>Ausbau des ERASMUS-Programms</p> <p>Mobilität von Studierenden, Azubis und jungen Arbeitnehmern fördern</p> <p>Duale Ausbildung erhalten und mithelfen in anderen Ländern einzuführen</p>	<p>Austauschprogramme stärker fördern</p> <p>Angleichung der Bildungsinhalte der landwirtschaftlichen Ausbildung innerhalb der EU</p> <p>Umgestaltung des Europäischen Sozialfonds mit einem stark vereinfachten Zugang zu Förderstrukturen und Sanktionsmöglichkeiten</p>	<p>Löhne sollen sich am gemeinsam vereinbarten Inflationsziel der Eurogruppe und dem Produktivitätswachstum orientieren</p> <p>Bedingungsloses Grundeinkommen</p> <p>Bis Grundeinkommen eingeführt wird, europaweiter Mindestlohn, der den Lohnwettbewerb eindämmt</p> <p>Chancengleichheit für Arbeitnehmer in Europa</p> <p>Anerkennung von Bildungsabschlüssen</p> <p>Bildungsfreizügigkeit garantieren</p>	<p>Sozialpolitik bleibt im Verantwortungsbereich der Mitgliedsländer, aber dennoch soziale Mindeststandards</p>	<p>Ziel einer europäischen Sozialpolitik: Sozial- und Lohnstandards nicht europaweit auf unterstem Niveau zu vereinheitlichen, sondern in den einzelnen Mitgliedsländern der EU zwar national unterschiedliche, aber jeweils höchstmögliche Standards anzustreben</p> <p>Die sogenannte Europäische Dienstleistungsrichtlinie ist zum Schutz des deutschen Gewerbes vor ausländischer Billiglohnkonkurrenz und zur Verhinderung weiterer Abstriche im Bereich des Arbeitnehmerschutzes wieder außer Kraft zu setzen</p> <p>Keine Vereinheitlichung im Bereich der Sozialversicherungs- und Gesundheitssysteme</p>

Privatisierungen, Rekommunalisierungen

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Erhalt der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung ebenso wie die qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge</p> <p>Erfolgreicher Einsatz, die Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der künftigen EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Das sichert auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung in unseren Kommunen</p>	<p>Wirtschaftliche Neuausrichtung: weg von Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung</p>	<p>Einsatz für qualitativ hochwertige und bezahlbare öffentliche Dienstleistungen, wie eine gute Wasserversorgung, Abfallentsorgung, ein leistungsfähiger Personennahverkehr, soziale oder kulturelle, Gesundheits- oder Erziehungsdienstleistungen</p> <p>Gestaltungs- und Organisationsspielraum für die Kommunen, den das Grundgesetz garantiert und dessen Achtung im Vertrag von Lissabon verankert ist</p> <p>Die Vergabe öffentlicher Aufträge oder die interkommunale Zusammenarbeit darf nicht durch EU-Wettbewerbsrecht zur Privatisierungsfalle werden</p>	<p>Ablehnung der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen</p> <p>Rekommunalisierung als ein wichtiger politischer Schwerpunkt</p> <p>Europäische Mindestnormen, die eine gleichberechtigte Grundversorgung mit Wohnraum, Wärme, Wasser, Zugang zum Internet und Energie sicherstellen</p> <p>Europaweit soll es ein kostenfreies Grundkontingent für jeden Haushalt an Wärme, Wasser und Energie geben</p>	<p>Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen und Privatisierungen</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Entscheidung, ob Güter der Daseinsfürsorge (z.B. Wasserversorgung) in öffentlicher oder privater Verantwortung anzubieten sind, muss von den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen selbst getroffen werden</p> <p>Gemeinwohl muss Vorrang vor Privatinteressen haben</p> <p>Kostenrisiko darf nicht beim Staat liegen wenn die Gewinne privatisiert werden</p>	<p>Verhinderung von Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge, wie Trinkwasserversorgung</p>	<p>Ob eine bestimmte Dienstleistung öffentlich oder privat betrieben wird, soll der demokratischen Kontrolle der Bürger überlassen werden</p>	<p>n.a.</p>	<p>n.a.</p>

6. Erweiterungspolitik

Erweiterungspolitik

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Fortsetzung der laufenden Beitrittsverhandlungen</p> <p>Die Tür zur Eurozone ist auch in Zukunft für alle EU-Mitgliedstaaten offen, die die notwendigen Kriterien erfüllen</p> <p>In den nächsten Jahren: Vorrang der Festigung der EU vor weiteren Erweiterungen, aufgrund der noch nicht überwundenen Wirtschafts- und Finanzkrise, allerdings muss die Europäische Union grundsätzlich für europäische Staaten offen bleiben</p>	<p>Wir wollen, dass die EU ihre Türen für neue Mitglieder offenhält, wenn diese vor dem Beitritt alle erforderlichen Kriterien erfüllen</p> <p>Sicherstellung der Aufnahmefähigkeit</p> <p>Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands und der EU, Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung in angrenzenden Regionen zu fördern</p>	<p>Fortsetzung der Erweiterungspolitik</p> <p>Potentielle Mitgliedschaft für alle Länder des westlichen Balkans</p>	<p>In Beitrittsprozessen keine zusätzlichen Bedingungen an einzelne Länder</p>	<p>Weg der Erweiterung der Europäischen Union verantwortungsvoll weitergehen, weil keinem Nachbarn, der die Werte teilt, eine Absage erteilt werden soll</p> <p>Dazu müssen Beitrittskandidaten die in den Europäischen Verträgen vorgesehenen Bedingungen dauerhaft erfüllen</p> <p>Auch die Europäische Union selbst muss ihre Strukturen anpassen und aufnahmefähig sein</p> <p>Für alle Erweiterungsschritte gilt: „Rabatte“ bei der Erfüllung der Kriterien wie in der Vergangenheit darf es nicht geben</p> <p>Entschlossene rechtsstaatliche Reformen und ein gesamtstaatlicher Modernisierungskurs hin zu EU-Standards sind die Voraussetzung für eine Aufnahme in die Europäische Union</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Ablehnung einer Erweiterung der EU</p> <p>Stattdessen: Befürwortung der Konsolidierung der EU in ihrer jetzigen Form</p> <p>Die Aufnahme weiterer Staaten in die EU bedarf der Zustimmung durch Volksabstimmungen in Deutschland</p> <p>Nicht-EU-Staaten können durch ein Assoziierungsabkommen an der europäischen Nachbarschaftspolitik partizipieren</p>	<p>Grundsätzlich Beitrittsperspektive für alle Länder, die sich um die Einhaltung der Prinzipien Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bemühen sowie entsprechende wirtschaftliche Kriterien erfüllen</p> <p>Ehrliche Beitrittsperspektiven als Reformmotor für die Kandidatenländer</p> <p>Aufnahmefähigkeit der EU als Voraussetzung für künftige Beitritte, um ihre Konsolidierung nicht zu gefährden. Deshalb gegenwärtig für einen Aufnahmestopp weiterer Beitrittskandidaten</p>	<p>n.a.</p>	<p>n.a.</p>	<p>n.a.</p>

Türkeifrage

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Ablehnung einer Vollmitgliedschaft der Türkei, weil sie die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt nicht erfüllt</p> <p>Befürwortung einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen</p> <p>Überforderung der EU angesichts der Größe der Türkei und ihrer Wirtschaftsstruktur</p>	<p>Weiterführung der laufenden Verhandlungen</p> <p>Erwartungen an Türkei: Respektierung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit</p>	<p>Ziel: Beitritt der Türkei durch faire und transparente Beitrittsverhandlungen</p> <p>Eine glaubwürdige Beitrittsperspektive kann Dynamik in die demokratischen und rechtsstaatlichen Veränderungen bringen und die Reformkräfte im Land stärken</p>	n.a.	<p>Keine „Rabatte“ bei der Erfüllung der Beitrittskriterien</p> <p>Ermutigung den notwendigen Reformprozess in Richtung Rechtsstaat und Menschenrechte voranzutreiben</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Ablehnung der Aufnahme der Türkei aus geographischen, kulturellen und historischen Gründen</p> <p>Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei beenden</p>	n.a.	n.a.	n.a.	<p>Abbruch der Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft der Türkei</p> <p>Die Türkei ist kein europäisches Land und wird es niemals werden</p>

Westlicher Balkan, Östliche Partnerschaft

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Annäherung an Staaten wie Armenien, Aserbaidshon, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine am besten durch Assoziierungs-, Freihandels- und Visaerleichterungsabkommen</p> <p>Ukraine kann eine wichtige Brückenfunktion zwischen EU und Russland einnehmen. Unterstützung der demokratischen und proeuropäischen politischen Kräfte in der Ukraine</p> <p>Für die Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans, aber jeder Kandidat muss die Kriterien erfüllen. Der Beitrittsprozess bietet die Chance, bestehende Minderheiten- und Nachbarschaftskonflikte in der Region beizulegen</p> <p>Staaten des westlichen Balkans müssen ihre Probleme im Bereich der Rechtsstaatlichkeit lösen und Korruption wirksamer entgegenwirken</p>	<p>Stabilisierung des westlichen Balkans</p> <p>Festhalten an Beitrittsperspektive dieser Länder um notwendigen politischen und gesellschaftlichen Wandel anhand klarer Kriterien voranbringen</p>	<p>Ein Schwerpunkt der europäischen Außen- und Nachbarschaftspolitik: Die östliche Partnerschaft mit den Ländern Moldau, Ukraine, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidshon</p> <p>Die Europäische Union sollte diese Länder und Russland in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, grenzüberschreitende Kooperation, wirtschaftliche Modernisierung, gemeinsame europäische Sicherheit und Reisefreiheit unterstützen</p> <p>Aufhebung der Visumpflicht für die Länder der östlichen Partnerschaft und Russland</p>	<p>Ablehnung der Europäischen Nachbarschaftspolitik in bisheriger Gestalt</p> <p>Im Vordergrund europäischer Nachbarschaftspolitik sollen die Bekämpfung der Armut und der Wohlstand möglichst breiter Teile der Bevölkerung stehen</p>	<p>Unverändert Beitrittsperspektive für die westlichen Balkanstaaten</p> <p>Entschlossene und rechtsstaatliche Reformen als Voraussetzung für weitere EU-Annäherung der Staaten der östlichen Partnerschaft</p>
AfD	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
n.a.	<p>Wiedereinführung der Visapflicht für Westbalkanländer</p> <p>Prinzipiell allen Ländern eine Beitrittsperspektive geben</p> <p>Für Stopp der Aufnahme weiterer Beitrittskandidaten, da Aufnahmefähigkeit der EU Voraussetzung ist</p>	n.a.	n.a.	n.a.

Verhältnis zu Russland

CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP
<p>Gutes, nachbarschaftliches Verhältnis zu einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland</p> <p>Tiefe und Breite der Beziehungen davon abhängig, inwieweit Russland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt, sich um gutnachbarschaftliche Beziehungen bemüht und vereinbarte demokratische und rechtsstaatliche Standards einhält</p> <p>Russlands Versuche, Staaten der gemeinsamen Nachbarschaft unter Druck zu setzen, werden zurück gewiesen</p> <p>Bereitschaft zu weiteren Sanktionen, wenn Russland den Kurs nicht ändert</p>	<p>Russland als wichtiger Partner Europas</p> <p>Russland für gemeinsame Problemlösungen bei drängenden internationalen Herausforderungen gewinnen und die Partnerschaft entlang einer erneuerten politischen Agenda weiterentwickeln</p>	<p>EU sollte Russland in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, grenzüberschreitende Kooperation, wirtschaftliche Modernisierung, gemeinsame europäische Sicherheit und Reisefreiheit unterstützen</p> <p>Aufhebung der Visumpflicht für die Länder der östlichen Partnerschaft und Russland</p>	n.a.	n.a.
Afd	Freie Wähler	Piraten	ÖDP	NPD
<p>Besondere Bedeutung des Verhältnisses zu Russland</p> <p>Deutschland soll daran mitwirken, Probleme zwischen Russland und deren Nachfolgestaate der Sowjetunion im Einvernehmen zu lösen</p>	n.a.	n.a.	n.a.	<p>Aufbau partnerschaftlicher und dauerhafter Beziehungen zu Russland</p> <p>Eine stabile und intensive Kooperation vor allem Deutschlands und Russlands ist dem Fernziel einer künftigen gesamteuropäischen Wohlstandszone dienlich</p>

Quellen

<https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf>

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/EP-Wahlprogrammmentwurf.pdf

<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf>

[http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/hamburg2014/leitAntrag_parteivorstand/131209_leitAntrag_parteivorstand_europawahlprogramm_neu.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/hamburg2014/leit Antrag_parteivorstand/131209_leitAntrag_parteivorstand_europawahlprogramm_neu.pdf)

https://www.kaperbrief.org/wp-content/uploads/2014/02/Deutsches_EUProgramm.pdf

https://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/programm/programme/Kurzprogramm_Europawahl_2014.pdf

<http://www.fdp.de/files/5620/EPT-Europawahlprogramm.pdf>

<https://www.spd.de/scalableImageBlob/114930/data/wahlprogramm-data.pdf>

http://npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_201401_europaprogramm.pdf

http://kandidaten.freiewaehler.eu/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1396952665&hash=db84f7f775e5937f4c4da6ca49e32677890add7b&file=fileadmin/user_upload/Kandidaten/user_upload/Europawahlprogramm.pdf

CDU: Beschluss vom 05.04.2014

SPD: Leitantrag am 26.01.2014 beschlossen

Grüne: Europawahlprogrammmentwurf verabschiedet am 07.-09. Februar 2014

Linke: Beschluss vom 15.02.2014

FDP: Beschluss vom 19.01.2014

AfD: Beschluss vom 22.03.2014

Freie Wähler: Beschluss vom 29.03.2014

Piraten: Beschluss vom 04./05.01.2014

ÖDP: Kurzprogramm, Beschluss vom 05./06.04.2014

NPD: Beschluss vom 10.01.2014